

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, sowie Österreich und Luxemburg 245.— M. für das übrige Ausland 260.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vormärz“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erziehung und Kleingarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 40.— M. Restamezeile 180.— M. „Kleine Anzeigen“ das fertige drucke Wort 12.— M. (unabhängig zwei fertige drucke Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellungsfrage und Schlagschlaganzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Anzeigen über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-295 und 2506-2507

Dienstag, den 12. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Interaktions-Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Vor der belgischen Antwort.

Es ist bezeichnend, daß die Pause, die in den Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien eingetreten ist, sofort zu einem neuen Sinken der Mark geführt hat. Wenn man von dem Verhalten eines Teils der Rechtspresse, die von einem Abbruch der Verhandlungen sprach, ehe es überhaupt sicher war, daß die Pause eintreten würde, Rückschlüsse ziehen will, so könnte man beinahe annehmen, daß es gewissen Kreisen weniger auf eine Klärung der Lage, als auf eine möglichst geschickte Ausnutzung der jeweiligen Konjunktur ankommt.

Tatsächlich liegen die Dinge so, daß man weder in Belgien noch in Frankreich und England von einem Abbruch der Verhandlungen spricht. Daß die belgische Regierung den Wunsch hatte, nicht ohne weiteres die Frist für die Einlösung der Schatzwechsel über den von der Reparationskommission vorgesehene Termin zu verlängern, ist verständlich. Ebenso natürlich ist es, wenn sie die Pause, die infolgedessen eintreten mußte, dazu benutzte, um ihre Beauftragten über ihre Eindrücke und Erfahrungen persönlich zu hören. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß diese persönliche Fühlungnahme günstig auf weitere Beschlüsse der belgischen Regierung wirken wird.

In der Zwischenzeit dürfte das Problem kaum ruhen. Die Tatsache, daß sich die Staatssekretäre Fischer und Bergmann nach Paris an den Sitz der Reparationskommission begeben haben, deutet darauf hin, daß sich hier eine weitere Etappe der Lösung der Frage abspielen wird. Wenn man nicht annehmen will, daß der letzte Entschluß der Reparationskommission ultimativen Charakter trägt — und diese Auffassung ist nicht möglich, nachdem man Belgien in der Behandlung der Frage einen gewissen Spielraum gegeben hat —, darf man hoffen, daß die belgische Regierung an die Reparationskommission gewisse Rückfragen richten wird, von deren Beantwortung es abhängen wird, in welcher Form sie von den Kompromißmöglichkeiten, die die Berliner

Verhandlungen gezeigt haben, zu endgültigen Beschlüssen kommen will.

Daß die deutsche Regierung die Umwandlung der Goldleistungen in befristete Schatzscheine nicht als ein verdecktes Moratorium ansieht, darf man bei dem Ernst der Frage ohne weiteres annehmen. Um so unbegreiflicher wäre es, wenn man auf der Gegenseite für ihre Sorge, die Auslösung der Schatzscheine durch eine Verlängerung ihrer Laufzeit auf eine gesündere Basis zu stellen, kein Verständnis hätte. Kühle Rechner wie die Belgier werden sich sicherlich nicht der Erkenntnis verschließen, daß es in dieser Frage weniger auf ein bürokratisches Festhalten an einem in eifriger Stunde angelegten Termin, als auf eine möglichst wirksame Gestaltung der Wechsel ankommt. In einer vernunftgemäßen Ansehung des Verfallstages liegt aber zu gleicher Zeit eine wesentliche Garantie für den Wechsel, wie sich ja auch für die Reparationskommission daraus der Vorteil ergäbe, ihre Bemühungen um die endgültige Lösung der größeren Fragen, die stets der Mittelpunkt des Interesses bleiben müssen, in weniger großer Hast vornehmen zu können.

Es liegt also nicht der geringste Anlaß vor, wegen der Verhandlungspause zwischen Deutschland und Belgien plötzlich Verhandlungspause zwischen Deutschland und Belgien den Kopf zu verlieren, und wenn sich an der Börse Kreise finden, die ihr verwerfliches Spiel mit der Marktentwertung von neuem aufnehmen, so handelt es sich lediglich um Leute, die in jeder Volksgemeinschaft zu finden sind, ohne in eine Volksgemeinschaft hineinzugehören.

Paris, 11. September. (AP.) Wie der „Tempo“ aus Brüssel meldet, haben die aus Berlin zurückgekehrten belgischen Delegierten heute vormittag eine längere Besprechung mit den Ministern Theunis und Jaspars gehabt. Der Presse ist keinerlei Mitteilung gemacht worden.

Arbeiter beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident versammelte am Montag vormittag eine Anzahl von Partei- und Gewerkschaftsvertretern zur Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Lage um sich. Unsere Genossen, die zum Teil dem Parteivorstand, dem UDB, bzw. dem Landarbeiterverband angehörten, wiesen den Reichspräsidenten auf den Ernst der Lage für die Arbeiterschaft hin und erhoben u. a. Einspruch gegenüber dem Verhalten der Regierung bei der Behandlung der Getreideumlage. Der Reichspräsident und der Reichswirtschaftsminister, der ebenfalls zugegen war, erklärten im einzelnen die Anhaltspunkte, die für das Verhalten der Regierung gerade für die bevorstehende Erhöhung der Umlagepreise maßgebend ist. Im übrigen versprachen sie, ihr Möglichstes zu tun, um den Interessen der Arbeiterschaft gerecht zu werden.

Deutsche Note an den Völkerbund.

Gegen unberechtigte polnische Klagen.

Der Leiter des deutschen Konsulats in Genf, Legationsrat Dr. Rasse, überreichte heute dem Generalsekretariat des Völkerbundes im Auftrage der Reichsregierung folgende Note:

Der deutschen Regierung ist aus der polnischen Presse der Wortlaut einer Note der polnischen Regierung an den Völkerbund bekannt geworden, in der die polnische Regierung eine Reihe heftiger Anschuldigungen gegen deutsche Regierungsorgane wegen angeblicher Unterdrückung der polnischen Minderheiten in Deutsch-Oberschlesien und Preußen und im übrigen Deutschland richtet. Hinsichtlich Oberschlesiens, an dessen Minderheitenschutz allein ein Interesse des Völkerbundes gemäß dem Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 besteht, hat die deutsche Regierung die Ehre, daraus hinzuweisen, daß sie die fraglichen Vorwürfe als in jeder Weise unberechtigt und haltlos zurückweisen muß. Die deutsche Regierung behält sich vor, dem Völkerbund eingehendes Material vorzulegen, aus dem die Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen hervorgeht, was übrigens auch durch das Zeugnis des Herrn Präsidenten Calander und des Herrn Präsidenten Sackendbeck nachzuweisen ist. Im übrigen muß die deutsche Regierung daran festhalten, daß die Beschwerden polnischer Minderheiten auf dem durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 vorgezeichneten Instanzenwege erledigt werden.

Kattowitz, 11. September. (AP.) Anlässlich der Vorgänge am 8. und 9. d. M. hat die Polizeidirektion den Ausnahmestützpunkt über die Stadt Kattowitz verhängt. Das Betreten der Straßen ist nach 10 Uhr abends nur in den dringendsten Fällen und nur mit Legitimation gestattet. Die Kaffees und Gastwirtschaften müssen um 10 Uhr abends, die Theater, Lichtspielhäuser und Kabarets um 9 Uhr schließen. Die Haustore müssen nach 10 Uhr geschlossen gehalten werden.

Infolge der Vorfälle in den letzten Tagen wandten sich die zuständigen Behörden an den polnischen Ministerrat mit der Bitte, in einigen Teilen der Boiwodschast außerordentliche Gerichte einzusetzen. Jeder, der bei öffentlicher Ruhestörung, bei Raub, qualifiziertem Diebstahl, Erpressung oder Brandstiftung ergriffen wird, soll der Todesstrafe verfallen. Ein Urteil der außerordentlichen Gerichte bedarf keiner Bestätigung. Es muß innerhalb von 24 Stunden vollstreckt sein.

Abrüstungsdebatte in Genf.

Genf, 11. September. (CP.) Eine höchst aktuelle Wendung nahm heute nachmittags die Generaldebatte der dritten Kommission über die Abrüstungsfrage. Die Generaldebatte, die wenig ergeben hatte, sollte geschlossen werden, als der englische Delegierte Fisher das Wort nahm und in einer längeren Rede vier Vorschläge unterbreitete:

1. Ichlag er vor, dem Rat zu empfehlen, Schritte bei den Regierungen nach Angabe der Militärbudgets und den erzielten Herabsetzungen der Militärbudgets in diesem Jahre noch einmal und dann jährlich zu wiederholen;
2. beantragte er, eine Unterkommission einzusetzen für die Fragen auf dem Gebiete der Statistiken;
3. Ichlag er vor, dem Rat zu empfehlen, daß er die Einberufung einer Konferenz der Mächte in Aussicht nehmen wolle, für die die von Admiral Seegrave beantragte Ausdehnung der Militärkonvention von Washington in Frage käme;
4. Ichlag er vor, der Rat müsse an die Regierungen wegen einer Konferenz, an der auch Amerika teilnehme, herantreten, die sich mit der Einschränkung des Waffenhandels und der Waffenfabrikation zu befassen hätte.

Senator Jaudenes (Frankreich) antwortete Fisher. Zu Punkt 1 erklärte er, daß er keine Einwendungen zu machen habe. Zu Punkt 2 über die statistische Unterkommission äußerte sich der Redner dahin, er habe neulich zu seiner Überraschung von einem englisch-französischen Zwischenfall wegen der Statistiken gehört und er wüßte, wie gefährlich solche statistischen Fragen werden könnten. Er halte es für besser, statt dieser neuen Unterkommission die Arbeiten der gewöhnlichen Abrüstungskommission weiterzuführen. Zu Punkt 3 bezüglich der Ausdehnung der Konvention von Washington erklärte der Redner, die Konferenzen seien sehr interessant, aber nur dann nützlich, wenn sie auch zu etwas führten. Man müsse zunächst noch eine Reihe Vorfragen untersuchen, bevor man eine solche Konferenz einberufen könne. Zu Punkt 4, der ihm der wichtigste scheint, äußerte sich der Redner dahin, die Ansicht seiner Regierung laute dahin, an der Frage der Abrüstung aufrichtig und loyal mitzuarbeiten. Die Pläne Lord Cecils wiesen eine Reihe Widersprüche auf. In Punkt 3 seiner Vorschläge führt er die allgemeinen gegenseitigen Garantien an, die sich die Staaten leisten hätten. Das hieße aber, am verkehrten Ende anzufangen. Mit diesen Garantien müßten die Vorschläge anfangen, denn nur hierauf könnte die Abrüstung folgen. Es würde sich bei dieser Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit darum handeln, ob die Versicherten die Prämie bezahlen wollen.

Kirche und Sozialismus.

Von August Steier,

Pfarrer an der Trinitatiskirche, Charlottenburg

Seit etwa zehn Tagen tagt wieder die Kirchenverfassungskommis-sion Alt-Preußens, um den Versuch zu machen, in dem neuen Staat der protestantischen Kirche eine Verfassung zu geben. Eine neue Verfassung, aber keinen neuen Geist. Der Geist der Kirche ist der alte geblieben. Das drückt sich rein äußerlich darin aus, daß Sozialisten gar keine Rolle spielen in dieser Versammlung. Die Kirche glaubt, auf die Mitarbeit der Sozialisten bei dem Neubau verzichten zu sollen. Es sind zwar in der „kirchlich liberalen“ Gruppe zwei religiöse Sozialisten. Sie scheinen aber mehr Renommierzahlen zu sein als praktische Bedeutung zu haben. Jedenfalls ist von irgendeinem Hauch sozialistischen Geistes oder auch nur dem Willen, die sozialistischen Kreise der Kirche zu berücksichtigen, in dieser Versammlung nichts zu spüren. In der großen Versammlung, in der ein ganzes Heer von Pastoren vertreten ist, ist kein einziger Pfarrer, der religiöser Sozialist wäre. Das sagt genug, wie die Kirche sich eine „Volkskirche“ denkt. Ohne Urwahlen, ohne Vertreter, die den Sozialismus vertreten oder ihm auch nur freundlich gesinnt sind. Und da sollen wir glauben, daß die Kirche „politisch neutral“ sei. Da sollen die Arbeiter Vertrauen haben zu einer solchen Kirche? Eine sonderbare Zumutung.

Natürlich sind die Sozialdemokraten willkommen, wenn sie das Häuflein der Kirchenbesucher vermehren, wenn sie Kirchensteuern zahlen. Aber wenn sie mitarbeiten wollen in Gemeindevertretung oder gar im Kirchenrat, werden sie ausgeschlossen. Dann sind sich Orthodoxe und Liberale, soweit führende liberale Kreise in Frage kommen, vollkommen einig. Zwar verfolgen die Liberalen gegenwärtig die Taktik, keinen Angriff auf religiöse Sozialisten zu erheben, weil ihnen angestrichelt des rigorosen Vorgehens der Orthodoxie um ihre eigene Existenz in der Kirche bange ist. Aber wir religiösen Sozialisten können nach der ganzen Vergangenheit darin nur eine augenblickliche Taktik sehen und warnen Latein einer neuen Einstellung ab. Mögen sich die Liberalen nicht täuschen: Solange sie wohl auf dem Papier erklären, uns ist jeder recht, der in der Kirche mitarbeiten will, aber in der Wirklichkeit das Gegenteil tun, haben wir kein Interesse daran, sie in ihrem Kampf gegen die Orthodoxie zu unterstützen, sondern müssen es ihnen überlassen, in hoffnungsloser Minderheit in der Kirche von der Gnade der Orthodoxie zu leben.

Und nun gar die Orthodoxie. Für sie ist Sozialdemokratie und Gottlosigkeit vollkommen dasselbe. Noch am 3. August schreibt der „Reichsbote“:

„Die Sozialdemokratie ist eine Pest für jedes gesunde Volksleben, weil sie das Empfinden für wahre Gerechtigkeit, Ehre, Recht und Tugend abtumpft und schließlich ganz abtötet. Sie ist eine Art Jesuitentum des Atheismus. Die von Luther so produktiv verfochtene „Freiheit des Christenmenschen“ ist bei den ein Geuel, weil ihnen der äußere Schein alles, das innere Wesen nichts gilt, denn ihnen beiden fehlt die Liebe, die wahrhaftig ist, die nur da wahrhaftig ist, wo der Glaube wahrhaftig ist, und die nicht das ihre, sondern das wahre Wohl des Nächsten sucht. Diese Freiheit übertrifft alle andere Freiheit, wie der Himmel die Erde, sagt Luther. Von dieser Freiheit aber wissen sie nichts, wollen sie nichts wissen. Was die Sozialdemokratie unter Freiheit versteht, ist nichts weiter als die Lockerung aller sittlichen Bande, die in göttlichen und menschlichen Tugendgeboten gegeben sind. Darum steht sie auch mit dem Ateichismus auf Kriegsfuß und untergräbt die Achtung vor den zehn Geboten, die seit Jahrtausenden die Grundlage für rechtschaffenens Staatsbürgerliches Leben gelegt haben, ohne die keine gesunde menschliche Betätigung möglich ist.“

Es verlohnt sich wirklich nicht, sich mit solchen Behauptungen auseinanderzusetzen. Sie zeigen eine solche Ahnungslosigkeit, einen solchen Pharisäergeist, daß man nur sagen kann „Water vergib ihnen, sie wissen nicht, was sie tun“. Sie wissen nicht, was sie tun; denn was hat der „Reichsbote“ getan, um das Gebot „Du sollst nicht töten!“ zu achten? Wann hat er je den Krieg, den organisierten Massenmord, verurteilt, wann hat er die intellektuellen Urheber des Rathenau-Mordes verurteilt? Wann ist er je für die Hungernden, für die Mühseligen und Beladenen eingetreten? Er ist noch stets für die Interessen der Junker, der Großagrarier eingetreten, er hat stets sich verbeugt vor den Offizieren, auch ihren Trinksitzen, und hat nichts, aber auch gar nichts getan, um in der Not des Volkes den Bescheidenden das christliche Gebot zu verkünden: Einer trage des anderen Last! Also zählt Besitzsteuern, wuchert das Volk nicht aus? Nein, er kennt nur unzufriedene Volksmassen, die nach dem guten alten System mit der Peitsche behandelt werden müssen, die dafür da sind, sich weiter jede Behandlung gefallen zu lassen, die von den „Großen“, den „Mächtigen“ beliebt wird. Und diese Kost wird geleistet in den „positiven“ Pfarrbüchereien, in den christlich-unpolitischen Lehrkreisen. Wer wundert sich da, wenn diese Kreise für jede Gewissensfreiheit, Denkfreiheit vollständig unzugänglich sind?

In dieser Zeit, da eine große Gemeinde von Suchenden nach neuen Werten verlangt, da sie müde sind jedes

Jena, 11. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach den vorläufigen Ergebnissen der Thüringer Stadt-, Gemeinde- und Kreisratswahlen haben die äußerste Linke und die äußerste Rechte einen Stimmenzuwachs erhalten, der jedoch den gehegten Erwartungen auf beiden Seiten keineswegs entspricht. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 70 Proz. und war bei den bürgerlichen Parteien im allgemeinen reger als bei der Arbeiterchaft. In vielen Orten ist die sozialistische Mehrheit trotz dem erhalten geblieben. Während die Bürgerlichen durch intensive Bearbeitung jedes einzelnen ihrer Wähler es fertig brachten, einen Wahlerfolg zu buchen, blieben viele Arbeiter, durch die skrupellose kommunistische Wahlagitator abgelenkt, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie und die thüringische sozialistische Regierung wandte, der Wahlurne fern. Ueber die Wahlen zu den neuen Kreisräten gehen die Meldungen nur sehr spärlich ein, so daß ein abschließendes Urteil am Montag abend noch nicht möglich war.

Weimar, 10. September. (Tl.) In Weimar errangen die vereinigten Bürgerlichen 17 Mandate, die Demokraten 6 oder 7, die vereinigten Sozialistischen 10 und die Kommunisten 5. In Apolda waren die vereinigten Bürgerlichen mit 16, die Bürgerlichen mit 2 und die Sozialistischen mit 6 vertreten. In Jena brachten es die Vereinigten Bürgerlichen auf 26 und die Sozialistischen auf 21 Mandate. In Eisenach wurden 7 Listen aufgestellt. Die Vereinigten Sozialisten erhielten 4067 Stimmen, die Kommunisten 1813 Stimmen, die Wiederbaupartei (bürgerliche) 4001, die Deutschnationalen 2302, die Demokraten 2054. Bei den Kreisratswahlen im Eisenacher Kreis erhielten die Rechtsparteien bis jetzt 7789 und die Linksparteien 4162 Stimmen. In Gera erblickten die Sozialisten 27 und die Bürgerlichen 26 Mandate. Auch dürfte sich vielleicht das Resultat noch etwas verschieben. In Arnstadt werden voraussichtlich die Bürgerlichen eine kleine Majorität erzielen.

Deutschnationaler Parteiterror.

Wer nicht pariert, der liegt!

Der aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschlossene Abg. Dr. Düringer-Baden veröffentlicht in der volksparteilichen „Zeit“ einen Offenen Brief an den zweiten Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Badens, Oberkirchenrat D. Meyer. Düringer entspricht in diesem Brief dem bekannten Verlangen der bürgerlichen Parteileitung und hat den Landesvorstand niedergelegt, hat es jedoch ab, auch sein Reichstagsmandat zu opfern.

In der Begründung seines Verhaltens sagt Düringer, daß die Aufforderung der bürgerlichen Organisation auf Düringer Eintritte zurückzuführen sei und seine rein sachliche Kritik, seinen Opfer er geworden ist, bisher nur mit sinnlosen Formalmotionen von der Berliner Parteileitung beantwortet wurde, während es die Berliner anständige Presse ablehnte, jenen Sinnlosigkeiten Raum zu geben. Zum Schluß sagt Düringer: „Wenn eine Partei nicht mehr soviel Selbstkritik ertragen kann und will, wie von mir geübt wurde, wenn sie ihren Mitgliedern so wenig Denkfreiheit und selbstständige Meinungsäußerung gestattet, so beweist sie damit nur ihre innere Unsicherheit und Schwäche. Meine Ausführungen stehen mit keinem einzigen Punkt des Parteiprogramms in Widerspruch; im Gegenteil, ich bin den für die Gründung der Partei als einer Sammelpartei maßgebenden Grundsätzen treu geblieben, während der Terror einer einseitigen Richtung die Partei umzugestalten sucht.“

Kartofeln für die Bergarbeiter, Alkoholverbot für Jugendliche. Die preussische Regierung beabsichtigt, dem Reich vorzuschlagen, an die Bergarbeiter zur Beschaffung von Kartoffelvorräten Vorkäufe zu zahlen. Eisenbahntechnik soll die Versorgung mit Kartoffeln dem Personenverkehr vorangestellt werden, der eventuell eine Einschränkung erfahren soll. Außerdem strebt die preussische Regierung einen Ausgleich zwischen den Löhnen der jugendlichen und verheirateten Arbeiter des Bergbaues zugunsten der Verheirateten an. Auch trägt sie sich mit dem Plan eines Alkoholverbotes für die jugendlichen Arbeiter.

zur Völkerverständigung, eine Absage an das „deutsche Christentum“, ein Bekenntnis zur Internationale aller Christen in dem Sinne „Nie wieder Krieg!“, die Einrichtung eines Friedenssonntags? Wann werden alle Sedanfeiern in den Kirchen verschwinden als mit dem Geiste des Christentums unvereinbar, wann werden Gebete für den Kaiser verschwinden und die Kirche in ihren Feierstunden sich mit dem Herzen auf die Seite des Volksstaates stellen und abdrücken von monarchistischen Bestrebungen? Wann wird sich dieser Geist in der Leitung der Kirche ausdrücken? Solange das nicht geschieht, überlassen wir die Beratungen der Verfassungsgebenden Kirchenversammlung sich selbst. Wenn die Kirche glaubt, wertvolle tragende Kräfte staatlichen Lebens entbehren zu können, so ist das ihre Angelegenheit. Sie sinkt dann auf den Standpunkt einer Sekte herab, hat dann aber jedes innere Recht auf moralische staatliche Unterstützung verloren. Will sie als ein Kulturfaktor auch von sozialistischen Kreisen gewertet sein, so hat sie selbst das Mittel in der Hand: Verzicht auf jede Bekämpfung des Sozialismus, des Pazifismus, Kampf im Geiste Jesu von Nazareth und der Propheten gegen Mammon, gegen Krieg, gegen Härtherzigkeit. „Ihr müßet von neuem geboren werden“. Erneuerung im Geiste der Menschenliebe, der Brüderlichkeit, der Völkerverständigung, das gilt allen Kulturkreisen, aber nicht zuletzt der Kirche.

Mangel an Vertrauen.

Fördern unsere Gesandtschaften das Vertrauen zu Deutschland?

Der Soz. Parl.-Dienst schreibt: Der sogenannte „Mangel an Vertrauen im Auslande“ gegenüber der jetzigen Regierung spielt in der Agitation der Volkspartei gegen das bürgerlich-sozialdemokratische Reichskabinett und für die Erweiterung der Koalition nach rechts eine erhebliche Rolle. Besonders wird bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, daß man gerade in Amerika, auf dessen künftige Anteilnahme an europäischen Angelegenheiten in der Welt großes Gewicht gelegt wird, nicht daran denke, der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung auch nur einen Dollar zu leihen.

Mit Verlaub, verehrte Volkspartei, wo bleiben die Beweise für die fortgesetzten Behauptungen? So wenig die Partei des Herrn Stresemann Anhaltspunkte für ihre ständigen Äußerungen hat, so viel Beweismittel gibt es, die Klarheit darüber bringen, daß der sogenannte Mangel an Vertrauen gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung Deutschlands in der amerikanischen Presse mit deutschem Geld gefördert wird und man es sich eine schöne Stange Geld kosten läßt, um die so heroorgereiften Feilen über den „Mangel an Vertrauen“ nach Deutschland zu faheln und hier ohne Scheu irgendwelcher Kosten weiterverbreiten zu lassen. Erst vor wenigen Wochen weilte ein maßgebender Amerikaner, Herr Cor, in Berlin. Kein Wort ist aus seinem Munde während seiner Besuche bei maßgebenden deutschen Persönlichkeiten über den „Mangel an Vertrauen“ in Amerika gefallen, und soweit wir unterrichtet sind, hat auch der amerikanische Gesandte in Berlin nie daran gedacht, dem Reichskanzler bei den vielen Gelegenheiten, die ihm geboten waren, auch nur ein Wort der Bestätigung für die Behauptungen der Volkspartei zu geben. Wenn man schon Behauptungen aufstellt, verehrte Volkspartei, muß man auch die notwendigen Beweise liefern. Vielleicht ist Herr Wiedfeldt, zurzeit Gesandter des Reiches in Washington, in der Lage, mitzuteilen, was die Volkspartei durch seine Vermittlung tut, um einen „Mangel an Vertrauen“ in Amerika hervorzurufen.

Die Frage läßt sich auch noch auf manch andere wichtige Gesandtschaft ausdehnen.

Die Begnadigung des Oberleutnants Hiller abgelehnt. Das Gnadengesuch, das der frühere Oberleutnant und Major Hiller nach seiner letzten Beurteilung eingereicht hatte, hat der preussische Justizminister abgelehnt.

Dogmas, weil sie Leben, schöpferisches Leben haben möchten, da streiten sie sich in der Kirchenversammlung um das „Apostolische Glaubensbekenntnis“, ob es unantastbare Grundlage der neuen Kirche sein soll, ob jeder Pfarrer, jeder Kirchenälteste, jeder Lehrer der konfessionellen Schule verpflichtet werden soll, auf dieses Glaubensbekenntnis, das gar nicht von den Aposteln ist, das ganz und gar katholischen, mittelalterlich-kirchlichen Geist atmet, und suchen nach Formeln, die es möglich machen, daß die Kirche dieses Bekenntnis bekennet, aber die Pfarrer, die es nicht mehr glauben, in jesuitischem Gedankenvorbehalt davon entbindet.

Und so etwas glaubt man unserer Zeit, unserer Jugend normen zu können. Und wenn dann, wie es geschehen ist, die Versammlung sich auf keine Formel einigen kann, wenn weder die „engere“ Formel der Mehrheit, noch die „weitere“ des Oberkirchenrats eine Mehrheit findet, weil die Mehrheit Angst bekommt vor ihrer eigenen Courage, vor ihrem Bekenntnis, vor den Folgen, nämlich einer Verzeigung der Kirche, dann freuen sich die Freigerichteten und sind befriedigt, daß eine Lücke in der Verfassung entstanden ist, die niemand mag ausfüllen. Tatsächlich aber ist es doch ein fürchterliches Armutszeugnis, daß die ganze Versammlung sich unfähig erweist, ein Bekenntnis abzulegen, und jeden Sonntag von jedem Pfarrer verlangt, nur das Apostolikum zu „bekennen“.

Warum, frage ich, tun die Liberalen nichts, um diesem unwahrscheinlichen Zustande ein Ende zu machen? Sie können nicht sagen, es ist nicht möglich. Was in Hofheim möglich ist, muß doch auch in Preußen möglich sein. Ich sage, ehe in der Kirche nicht das Recht geschaffen ist, jede Feierstunde wirklich religiös zu gestalten, d. h. dem Willen der Zulörer entsprechend zu gestalten, also für modern Empfindende von allen mittelalterlichen Vorurteilen zu befreien, laßt ihr Sozialdemokraten nicht in der Kirche. Solange die Kirchen noch für alle möglichen Offiziersvereinbarungen offen stehen, aber Feierstunden der religiösen Sozialisten verschlossen bleiben, arbeiten wir nicht aktiv mit.

Gerade in diesen Tagen wird beraten über Artikel, die besagen, daß das Wahlrecht ruht für solche, die ihren Kindern die Erziehung im evangelischen Bekenntnis vorenthalten. Das heißt also, die Eltern, die ihre Kinder nicht in eine konfessionelle, sondern in eine weltliche Schule schicken, sind ausgeschlossen von der Betätigung in der Kirche. Wenn Eltern also den englischen Katechismusunterricht ablehnen wie Diesterweg, wie Pestalozzi, sind sie ungeeignet, trotzdem sie es gerade tun, weil sie religiös sind. Was würde Schleiermacher zu einer solchen Kirche sagen? Das heißt einfach, allen Suchenden die Tore der Kirche verriegeln. Machen die Liberalen solche Politik mit, daß einfach danach gerichtet wird, ob Gemeindeglieder an Gottesdiensten, kirchlicher Gemeindearbeit teilnehmen, sie graben dem freien Protestantismus selbst das Grab, auch wenn sie persönlich diplomatische Augenblickefolge haben. In Thüringen weht ein anderer Geist in der Kirche. Erst kürzlich hat der Eisenacher Pfarrer D. Fuchs sich zur weltlichen Schule bekannt als freier Protestant, daß gerade in ihr die Ideale des freien Protestantismus zur Durchführung kommen könnten. In Thüringen ist allerdings auch nicht der Geist des preussischen Militarismus.

Bezeichnend war es, daß der Vorsitzende der „Verfassungsgebenden“, Generalsuperintendent Reinhard, seitin, am 29. August die Versammlung eröffnete mit den Worten: „Als Osmärker schöpfe ich in der Erinnerung an die Tage von Tannenberg die Heberzeugung, daß Gott unser Volk nicht verlassen wird.“ Also Kriegsgott, der Schlachtengott Schme! Wo bleibt das Evangelium des Friedens seitens der Kirche in dieser waffenstarrten Zeit? Alle Sozialisten sind darin einig, daß nicht der Geist eines Hindenburg uns helfen kann, sondern der Geist des Osmärkers Kant, der mit dem kategorischen Imperativ der Nicht die Schrift „vom ewigen Frieden“ verband. Wo bleibt in der Verfassungsgebenden Kirchenversammlung ein klares Bekenntnis zum Weltfrieden.

100 Jahre kirchlich sanktionierter Kopernikus

Von Felix Vinko.

Am Anfang des 16. Jahrhunderts durchlief die Welt die Kunde von der Entdeckung eines neuen Weltsystems. Kopernikus, Domherr in Frauenburg (am Frischen Hof), lehrte in einem Buche, dessen erstes Exemplar er selber auf seinem Sterbebett in die Hand bekam, daß alles, was wir im Weltraum sehen, falsch, Schein und Sinnverrat ist, daß nicht die Erde der Mittelpunkt der Welt sei, um den alles kreise, sondern die Sonne, daß diese die Mutter alles Lebens und Seins bedeute.

Man stelle sich folgendes vor: Jeder Mensch konnte sich jeden Tag durch jeden seiner eigenen Sinne davon überzeugen, daß die Erde feststeht, so fest, wie nur irgend etwas stehen kann. „Wenn die Erde sich drehte und bewegte, dann müßte ja die Suppe im Teller überschwappen“, sagte mir einmal eine Dams auf einer öffentlichen Sternwarte. Und es war nicht möglich, sie davon abzubringen. Wieviel schwerer müßte es im lusteren Mittelalter sein, sich so gegen alle Erfahrung und alle sanktionierten Lehren zu stemmen, wieviel weniger müßte dem Kinder einer solchen neuen Lehre möglich sein, sich durchzusetzen und bei seinen Zeitgenossen Anklang zu finden! Erfahren wir's doch jetzt wieder, daß die ernsthaftesten Menschen die Köpfe schütteln, wenn sie von den neuen Lehren hören, die sich in die Namen Lorenz, Einstein und Winkowski knüpfen. „Die Zeit ist nicht gleichgültig!“ — „Eine Stunde im Raiffehaus ist kürzer als eine im Schnellzug!“ — „Ein sich schnell bewegender Körper wird platt, und zwar mehr als ein langsam den Raum durchwandernder!“ — „Die Zeit ist nichts als ein Teil des Raumes!“ — Wer solche Lehren zum erstenmal vernimmt, sagt: „Ins Versteck mit diesem Propheten!“

In derselben Lage wie wir jetzt mit der Relativitätslehre fand sich vor 400 Jahren die Welt Kopernikus gegenüber. Soweit sie Anteil nahm an den astronomischen Lehren, huldigte sie der Lehre von Ptolemäus, der die Erde in den Mittelpunkt des Weltalls gesetzt hatte, und die anderen beweglichen Gestirne, namentlich die sogenannten Planeten, sich um sie bewegen ließ. Das lehrte ja der Augenschein und hätte niemanden zu Zweifeln angeregt, wenn sich daraus nicht Werturteile ergäben, die schwer erklärbar sind. Die Bahnen der Planeten, zu denen ja auch die Sonne und der Mond gehörten, waren von einer ungläublichen Kompliziertheit. Diese Gestirne rückten nicht immer vorwärts, sondern manchmal auch rückwärts, nachdem sie eine Weile fast stillgestanden. Sie wandten dann wieder um, beschriebenen Schleißen und wiederholten das Spiel dieser ganz ungleichmäßigen Bewegung immerwährend und immerwährend. Namentlich die inneren Planeten und Mars waren darin groß, während Jupiter und Saturn sehr regelmäßige Schleißen bildeten.

Was es aber mit diesen ungleichmäßigen Bewegungen und den Schleißen der Planeten für eine Bewandnis hatte, blieb allen verborgen, die sich mit diesem Problem befaßten. Und nur wenige Geister hatten den Mut, daraus die unerhörten fähigen Konsequenzen zu ziehen, wie sie Kopernikus zog.

Wenn man einen Mathematiker fragt, worin das Verdienst des Kopernikus besteht, so kann er das in einem höchst harmlos erscheinenden Satz ausdrücken: „Kopernikus hat nichts weiter getan, als eine Koordinatentransformation auszuführen.“ Das aber kann jeder, der sich mit den Anfangsgründen der analytischen Geometrie

befaßt, und es ist wirklich auch eine ganz einfache Sache. Aber die einfachsten Sachen der Welt sind gewöhnlich nicht so einfach, wenn man sie nicht bloß vom Standpunkt der engen Fachwissenschaft betrachtet, sondern in ihrem geschichtlichen und kulturellen Zusammenhang (wieder eine Relativität). Und in diesem Zusammenhang bildete die Tat des Kopernikus, die rein mathematisch höchst einfach war, eine Großtat allerersten Ranges, so groß, daß sie stets in allererster Reihe der menschlichen Errungenschaften genannt werden wird, so weit auch alles heutige und künftige einstmals durch den rastlosen Fortschritt überholt sein wird.

Die Veränderung, die durch Kopernikus' Systemlehre gegen die alte herbeigeführt worden ist, scheint sehr gering. Schreibt man die Planeten in der Reihenfolge ihres Abstands vom Zentralkörper des Systems auf, so erhält man folgende Gegenüberstellung:

Table with 2 columns: Ptolemäisches Weltssystem and Kopernikanisches Weltssystem. Rows list celestial bodies: Erde, Mond, Merkur, Venus, Sonne, Mars, Jupiter, Saturn.

Der ganze Unterschied besteht darin, daß Sonne und Erde ihre Stellung in der Reihe vertauscht haben, denn daß der Mond ganz besonders nahe zur Erde gehört, war schon den Alten klar und kommt bei Ptolemäus auch in der Stellung dieses Körpers im System zum Ausdruck. Diese Vertauschung von Erde und Sonne ist die einfache „Koordinatentransformation“, von der der Mathematiker spricht. Und diese Einfachheit erschien der Welt von ehemals als eine Kühnheit, die wohl allerorts als Verrätherie angesehen wurde.

Kopernikus hat sein großes Werk, in dem er diese Entdeckung beschrieb, zwar dem Papste gewidmet, aber die Kirche stemmte sich mit aller Kraft gegen die neue Lehre. Sie hatte die alte ptolemäische Anschauung sanktioniert und zum kirchlichen Dogma erhoben, und das wurde unter Ausnutzung der schlimmsten Machtmittel aufrechterhalten. Kopernikus' Werk kam auf den Index. Die Verfechter der neuen Lehre, Giordano Bruno und andere, erlitten für ihre Heberzeugung den Tod auf dem Scheiterhaufen. Und Galilei wäre es beinahe nicht besser ergangen. Man darf aber nicht etwa denken, daß die lutherischen und reformierten Kirchen in diesem Punkte duldsamer gewesen seien. Im Gegenteil, die Kirchenväter, Luther und Calvin voran, waren noch schlimmer als die Päpste. Wer das recht kennenlernen will, mag Keplers Kämpfe mit dem Stuttgarter Konsistorium aus seinen eigenen Schilderungen nachlesen. Ludwig Günther gibt in seinen Werken „Kepler und die Theologie“ und „Ein Hegenprophet“ davon traurige Kunde.

Aber die Zeit ist über alle diese Widerstände hinweggegangen; die Wahrheit brach sich, allen Ketten zum Trotz, Bahn, und Keplers große Himmelslehre waren die durchschlagendste Clappe auf diesem Marsch. Immer mehr wandten sich die Gelehrten der neuen Lehre zu, und auch ins Volk begann sie einzudringen. Daß sie auf dem Index stand, wurde vergessen, und am 11. September 1822 beschloß das heilige Offizium in Rom, daß von nun an die Lehre des Kopernikus frei verkündet werden dürfe! — Post festum! Es war schon überflüssig!

Der Brotpreis steigt!

Der Brotpreis steigt. Die Menge staunt. Der Bachmann spitzt Dem brauen Speiher sträubt sich hell das Haar. Die Ohren. Der Fettwanst grinst in Klubauten und Bankkontoren und deckt sich ein mit — Kaviar. Was ist ein Brauner . . . ? Ist noch nicht einmal ein Dollar! Das Leben scheint ihm immer wonnender. Warum soll er sich das und dies verniesen — ? Er hat — Devilen!

Die Hipmann quakmt. Der Selt mouffiert. Die feiste Gattin lächelt. Die überpudert strahlt ihr Frohgesicht. Indes sie mit dem Börsenblatt sich Luft zusäthet, knallt sie Brillanten voll ins Licht. Der Brotpreis steigt! Was tut's! Er hat ja Dollars, Pfänder! Er macht sich rund, gesund, gelünder! Er raucht Importen, frißt bei Rokka Torten! Er hat ja — Sorten!

Die Jappband freischit. Das Länzchen knippt. Er amüsiert sich Indessen der Prolete brav nach Zuder steht. Die „Kaffees“ gehn mit fremden Sorten und Devilen trädig, indes er schon am Gashahn dreht, weil er für Margarine die zwei blauen Lippen beim besten Willen nicht mehr kann beroppen. Er rechnet, rechnet. . . Frau und Götter stöhnen. . . Sie müssen sich — das Essen — abgewöhnen!

Der Schieber grinst. Er amüsiert sich, wie die Preise klettern. Er tonn's; er lebt vom Dollar, von Devilen, von den Zinsen! Wer das nicht kann, der zimmert sich aus sechs geklauten Brettern den Sarg und — geht in die Binsen! Der eine mästet fett sich, aber richtig! Die andern hungern und freipieren, aber hüftig! Die einen schwimmen drin; sie haben's ja in Masse! Die andern . . . ? . . . : Untergang der „Reichen“ Kasse!

Josef Maria Frank.

Johannes Messchaert, der berühmte Konzertsänger, ist, 65 Jahre alt, am Sonntag in Zürich gestorben. Er war in Holland geboren, hatte aber seine Ausbildung auf deutschen Konservatorien genossen. Nachdem er als Lehrer und Vereinsdirigent in Amsterdam seine Laufbahn begonnen hatte, begab er sich als Konzertsänger auf Reisen. Von 1911 bis zu seiner Heberhebung an das Züricher Bürgerkonzertorium war er Lehrer an der Berliner Hochschule für Musik. — Messchaert war trotz seiner Abstinenz „der“ deutsche Konzertsänger. Man muß an Männer wie Stockhausen und Gura denken, um zu fühlen, welchen Raum er heute unangeführt zurückläßt. Sein großer, pastofor Bock war in seiner bewundernswerten Kehle gelockert und frei ein gehorchtes Instrument, kein Atem vorbildlich, die Aussprache sonor und klangvoll bis in die äußersten Ecken der Nischen. Aber was bedeutete das Material gegen die Seele, die in ihm schluchzend, bebend, menschlich aufklang! Es wird so bald keinen in gleicher Weise erreichenden Jesus der Mathaus-Passion geben, so rasch wird kein Sänger auferstehen, der mit den letzten Worten des Sterbenden Laufende zu stiller, tränenvoller Ergriffenheit zwingt. In Bachschen Kantaten war er innerlich zu

Das Attentat auf die Taschen der Verbraucher.

Kapitalmangel und Kleinhändler. — Selbsthilfe der Verbraucher.

Die Festsetzung der Kleinhandelspreise steht augenblicklich im Mittelpunkt des Interesses der konsumierenden Bevölkerung. Der Hauptausschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat bekanntlich den Beschluß gefaßt, auf dem gesamten Warenmarkt die Wiederbeschaffungskosten für die Preisbemessung einzusetzen. Der Beschluß kam dadurch zustande, daß die Vertreter der bürgerlichen Hausfrauenvereine mit den Unternehmern dafür stimmten. Rummehr sollen „Angemessenheitspreise“ festgesetzt werden, die dem Publikum und den Beschwerdestellen als Anhalt dienen sollen. Im Gegensatz zu dem Beschluß des Hauptausschusses der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat der Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt seine Ansicht dahin festgelegt, daß der Verkaufspreis nach wie vor auf der Grundlage der individuellen Herstellungskosten zu errechnen sei, wie sie in Anlehnung an die amtliche Begründung der Preistreibeiverordnung vom Reichsgericht entwickelt worden sind.

Vor der Beschlußfassung des Hauptausschusses der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin ist uns von einem Mitglied der Preisprüfungsstelle eine Zuschrift zugegangen, die den Verlauf des Kampfes um die Zugrundelegung des Wiederbeschaffungspreises für die Verkaufspreise kennzeichnet. Die Zuschrift hat folgenden Wortlaut:

Der Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler hat auf seiner Tagung in Hamburg einen Beschluß gefaßt, der die Aufmerksamkeit der Konsumenten finden sollte. Er lautet: „Die Hauptversammlung des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler weist die Mitglieder auf die zwingende Notwendigkeit hin, angesichts der wirtschaftlichen Unmöglichkeit, die Preisfestsetzung nach der Herstellungskostenidee der gegenwärtigen Wuchererregelung vorzunehmen, für alle Aufträge aus früheren Verträgen und Lagerbeständen dem Verkaufspreis den am Tage des Verkaufs nachweisbar geltenden Wiederbeschaffungspreis zugrunde zu legen, zusätzlich eines angemessenen Zuschlages für die allgemeinen Geschäftskosten. Wo ausnahmsweise ein Wiederbeschaffungspreis nicht ermittelt werden kann, wird empfohlen, den Verkaufspreis der reinen Geldentwertung anzupassen.“

Die tatsächliche Verantwortung des einzelnen für eine Preisbemessung nach diesen Richtlinien bleibt bestehen. Die Verbände werden aber bei einem wegen einer nach diesen Richtlinien vorgenommenen Preisbemessung eingeleiteten Strafverfahren mit ihrer ganzen Autorität den Schutz des Mitgliedes übernehmen.“

Preispolitik und Rechtsprechung.

Dieser Beschluß des Reichsverbandes wurde anfänglich einer Verwarnung eines Lebensmittelhändlers wegen Preisüberhöhung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin offiziell dieser Stelle mit der Bemerkung mitgeteilt, daß ja Wucher- und Landgerichte Preisüberschreitungen immer geduldet haben und die betreffenden Händler bei Anzeigen durch die Polizei oder Preisprüfungsstellen freigesprochen haben.

Nach den Richtlinien des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler wird seit Monaten verkauft. Der Konsument muß bluten und zufrieden sein, daß sein Lebensmittelhändler ihm überhaupt etwas verkauft. Ein Beispiel: Der Kaufmann H. bezieht im Juli dieses Jahres Zucker für 40 Mark das Kilo. Im Juli kostet das Kilo Zucker 80 Mark. Nach obigem Beschluß darf er nun den Zucker, der mit 40 Mark eingekauft wurde, nicht mehr mit 40 Mark zuzüglich 20 Proz., also zu 48 Mark, verkaufen, wobei er einen Verdienst von 8 Mark erzielt, der sicherlich nicht als zu gering zu bezeichnen ist, sondern er soll, entsprechend der im Juni bereits bekannten Preissteigerung den Zucker mit 80 Mark nebst „angemessenem“ Preiszuschlag, d. h. also zu einem Preise von 92 bis 96 Mark pro Kilo, verkaufen, wenn er seine Unkosten mit 13 bis 20 Proz. des Einkaufspreises berechnet.

Bei den Engrosgebern liegt es ähnlich, nur wird hier nicht nach Kilo, sondern nach Zentnern oder Doppelpfundern vertrieben.

Und die Löhne!

Wenn in Parlamenten, Konferenzen oder bei Lohnbewegungen der Angestellten und Arbeiter von allen möglichen Interessen über

das Aufbauen unserer Wirtschaft gesprochen, oder in Zeitschriften davon geschrieben wird, heißt es immer, daß mehr gearbeitet werden müsse. Immer lehrt die Behauptung wieder, daß die Arbeiter und Angestellten nicht genug leisteten und zu „hohe Löhne“ forderten. Welch ein Entrüstungssturm würde den kapitalistischen Blätterwald durchbrausen, wenn die Arbeiter und Angestellten im Ausmaß der tatsächlich bestehenden Teuerung Lohnforderungen forderten. Sie könnten sich dabei sehr wohl auf das Vorgehen des Handels berufen. Sie könnten mit einiger Spitzfindigkeit sogar erklären, daß sie diese Löhne nur forderten, um dem Handel genügend Absatzmöglichkeiten zu sichern. Es ist doch ganz leicht einzusehen, daß, wenn im Juni die Preise des Juli gezahlt werden müssen, auch der entsprechende Lohn, d. h. die notwendige Kaufkraft vorhanden sein muß. Würde die Arbeiterschaft so vorgehen, würden wir es erleben, daß Industrie, Handel und Landwirtschaft noch mehr als bisher über die „Auswucherung“ der Wirtschaft durch die Ware Arbeitskraft jektieren, trotzdem dieses Vorgehen genau dem des Handels gleichen würde, das man in diesen Kreisen für durchaus gerechtfertigt und notwendig hält, für so notwendig, daß man es sogar riskiert, mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu kommen, wobei man allerdings die stille Hoffnung hegt, daß die Richter für die Lage des Handels Verständnis haben werden. Hier muß das Reichswirtschaftsministerium mit großer Energie durchgreifen.

H. Pätzsch, Stadtverordneter.

Der Angriff auf die Verbraucher.

Zu diesen Ausführungen ist folgendes zu bemerken: Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin ist bei der Festsetzung der Preisausschläge bis vor kurzem von dem Grundhof ausgegangen, daß die Ware unbedingt zu dem Einkaufspreis zuzüglich des vorgeschriebenen Zuschlages verkauft werden sollte. Der Beschluß des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler stellt eine Nichtbeachtung dieser Festsetzungen dar. Die Ursache dieses Vorgehens der Kleinhändler ist in dem fehlenden Betriebskapital zu suchen. Wenn die Waren ihnen zu dem jeweiligen Einkaufspreis berechnet und ohne Rücksicht auf den zu erwartenden Preisausschlag der nächsten Sendung an die Bevölkerung abgegeben werden, so würde der Händler immer wieder zu seinem Verdienst kommen, da er ja bei jeder neuen Sendung, allerdings erst nach ihrem Eintreffen, den Preis, der ihm gesetzlich zusteht, fordern dürfte. Die Preissteigerungen sind in der letzten Zeit jedoch so angewachsen, daß viele Kleinhändler nicht mehr genügend Betriebskapital in Reserve haben und sich daher außerstande sehen, neue Ware einzukaufen zu können. Das ist ein Zustand, der niemals im Interesse des Verbrauchers liegen kann. Denn dann wird, wenn es nicht gelingt, eine gesetzliche Preisregulierung durchzusetzen, jeder Willkür in der Preisfestsetzung Tür und Tor geöffnet. Dem Wucher wird in jeder Weise Vorschub geleistet. Jeder Händler wird seine eigene Rechnung aufmachen und vor allem darauf achten, daß er selbst nicht zu kurz kommt. Der Konsument aber soll die Kosten tragen, er soll jeden Preis zahlen, den der vom Preisaufschlag erfasste Händler, der seine Waren nach dem Dollarkurs verkauft, fordert. Es soll zugegeben werden, daß der Großhandel, von dem die Kleinhandlung abhängig ist, mit dieser Preispolitik vorangeht. Der Großhandel hat zunächst die Kleinhandlung gezwungen, die bei der Bestellung der Ware geltenden Preise zu zahlen und fordert dann bei der Lieferung die Differenz, um die die Preise vom Tag der Bestellung bis zu dem der Lieferung gestiegen sind. Dem Kaufzug, den der Großhandel auf die Taschen der Kleinhandlung begonnen hat, suchen diese sich durch einen nicht minder großzügigen Angriff auf die Konsumenten zu entziehen. Die Tatsache, daß die Kleinhandlung — von einigen Ausnahmen abgesehen — trotz des Vorgehens des Großhandels, dem sie zunächst zu erliegen droht, teilweise geradezu glänzend bestehen, läßt einen Rückschluß darauf zu, wie weit hier die Kunst, sich auf Kosten der Konsumenten gesund zu machen, gediehen ist.

Zu den Verwaltungsmahnmahnen gegen den Wucher muß daher die Selbsthilfe der Verbraucher kommen. Wenn die Händler sich mit den Verbrauchern zusammenschließen und über ihr Geschäftsgebahren in einwandfreier Weise Rechnung legen und sich dann mit bescheidenem, ihrer Arbeit angemessenen Gewinne begnügen und darüber

hinaus gemeinsam mit den Konsumenten die wucherischen Auswüchse bekämpfen, die der Großhandel in der jetzigen Zeit hervorgebracht hat, so wäre das ein Schritt von großer Bedeutung. Der Kleinhandel wäre dann aus der Sphäre des privaten Rechtes in die des öffentlichen Rechtes gerückt. Aber gegen solch eine Entwicklung, die durchaus in der Richtung der bestehenden konsumgenossenschaftlichen Bewegung läge, werden sich die Händler so lange wehren, als sie hoffen können, sich auf Kosten der Verbraucher eine ausreichende Existenz zu sichern. Es gibt daher für die Arbeiterschaft keine andere Möglichkeit, als sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen. Die Selbsthilfe der Verbraucher, die Stärkung der Verbraucherorganisationen ist das wirksamste Mittel, um sich gegen die Auswucherung durch den Handel zu wehren. Die letzte Ursache der Preissteigerung ist natürlich in den außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Verhältnissen zu sehen, die durch den Krieg hervorgerufen wurden. Ein Zusammenschluß der Verbraucher kann wohl die Auswüchse der Teuerung, aber diese selbst nicht verhindern.

Nur Gesehungspreis.

Der Magistrat Berlin teilt mit: Anfragen bei der Preisprüfungsstelle Berlin lassen erkennen, daß immer noch die Meinung verbreitet ist, es dürfe gemäß dem Beschluß des Hauptausschusses der Preisprüfungsstelle verfahren werden, monach der Wiederbeschaffungspreis bei der Preisfestsetzung in Rechnung gestellt werden kann. Die Preisprüfungsstelle Berlin wird auch fernerhin sich auf die zuletzt ergangenen Reichsgerichtsurteile und die letzten Veröffentlichungen des Reichswirtschaftsministers und des preussischen Ministers des Innern stützen und bei ihren Berechnungen nur den Gesehungspreis zuzüglich eines angemessenen Aufschlages für die Geldentwertung gelten lassen.

Um den Straßenbahntarif.

Der Verwaltungsrat der städtischen Straßenbahn trat gestern abend, wie gemeldet, unter dem Vorsitz des Stadtbaurats Dr. Adler zu einer Besprechung über die Notwendigkeit einer weiteren Tarifserhöhung der Straßenbahn zusammen. Wie eine Korrespondenz meldet, legte die Verwaltung an der Hand eingehender Zahlen dar, daß schon heute mit dem vor kurzem eingeführten 8-Mark-Tarif angesichts der inzwischen weiter gestiegenen Teuerung nicht durchzukommen, und daß eine weitere nennenswerte Tarifsteigerung unbedingt erforderlich sei. Die Verwaltung schlug die Erhöhung des Einheitsstarifes auf 12 M. und des Preises für Umsteigefahrtscheine auf 20 M. vor. Doch begegnete dieser Vorschlag im Verwaltungsrat den erheblichsten Bedenken, besonders mit Rücksicht darauf, daß die Stadtbahn und Hochbahn noch in der nächsten Zeit weitaus niedrigere Tarife haben werden als die Straßenbahn. Da sich selbst bei einem Tarif von 12 M. für die Straßenbahn immer noch ein Fehlbetrag von 225 Millionen für dieses Rechnungsjahr ergebe, mühten andere Mittel gesucht werden, um eine einigermaßen befriedigende Lösung zu finden. Hierfür wurde die Einführung eines Kurzfahrer- oder Zweizonentarifes vorgeschlagen, wonach eine wesentliche Preissteigerung nur für längere Fahrten stattfinden soll. Die Besprechung im Verwaltungsrat hatte nur vorbereitenden Charakter; die Entscheidung soll Ende dieser Woche in der Verkehrsdeputation fallen.

Die geplünderte Gartenbauausstellung.

Eine Bitte an die Lehrer der Berliner Schulen.

Dem Verband der Gärtner und Gärtnerinnen wird uns zu der kürzlich veröffentlichten Beschwerde über die raue Behandlung, die Schulkinder in der Gartenbauausstellung erfahren haben, folgendes geschrieben: Von der Leitung der Ausstellung war ein großzügiger Plan für sämtliche Schulen ausgearbeitet worden, um allen Kindern der Oberklassen den Besuch zu ermöglichen, indem täglich 10 000 Kinder durchgeführt werden sollten. Die Schulleiter besaßen genaue Anweisungen, die aber leider von vielen Lehrern nur wenig beachtet wurden, so daß sich bereits am zweiten Tage die Unhaltbarkeit des schönen Planes zeigte. Verschiedene Knabenklassen nahmen bei ihrem Durchmarsch Laufende von den heute so teuren Broschüren, Broschüren und dergleichen mit, weil die Inhaber der Stände noch

Sachawachiaf der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Sie sprechen miteinander, sie würden sich wundern, wenn der Zauber der Weihen sich Jahr um Jahr gleich stark zu batten vermöge, gleich kräftig, und ob der große Gott der Weihen imstande sein wird, Mal auf Mal die Schiffe über den Horizont heraus zu heben, ob er nicht — wie ihre eigenen — seiner Kräfte überdrüssig wird und aufhört — und was dann? — fürchterlicher Gedanke, ohne ihn vermögen die Schiffe nicht bis nach dem eisumgürteten Ruwuk vorzudringen.

Aber horch! Eines Tages ertönt ein Jubelgeschrei, das alle aus den Zelten, von den Fang- und Arbeitsplätzen herbeiruft. Sie stürmen vorwärts, Große und Kleine, Junge und Alte, hinauf, hinauf auf das höchste Land, auf Ruwuks einzigen Hügel, wo schon Estimo neben Estimo steht, mit der Hand über den Augen, das Gesicht nach Süden gewandt, während ein leises Gemurmel zu denen, die unten noch angelaufen kommen, hinuntertönt. Sie erkennen den Rhythmus im Stimmengedraus, das bald laut und klar erklingt: „Umiafpot kaili — das Schiff kommt!“

Umiafpot kaili! — ja, was bedeutet dieser Freudenschrei aus hundert Kehlen nicht! Es ist ein Jubelgeschrei, eine Lobpreisung des stärksten Mannes der Erde, des weisen Mannes, der jeden Herbst hinter dem südlichen Horizont mit seinem barten- und tranbelasteten Schiff versinkt, um wieder aufzutauchen, wenn die Sonne im Zeichen des Mittsommers steht, Tran und Barten in Mehl, Zucker, Zeug und Branntwein verwandelt.

Küger Weiber, großer Weiber, unvergleichlicher weiser Mann, wie fängt du das an, was ist das für eine Zaubergabe, die du bei deiner Geburt erzieltest. Lehre sie mich, laß mich an deinem Wissen teilnehmen, ich will so gerne lernen. Solchermaßen dachte Ruwuks Ansefot, der gefürchtete Ujataf, dem sich selbst Sachawachiaf oft beugen mußte.

Er sitzt etwas von den anderen Eskimos entfernt auf einem großen Stein zusammengesunken, das alte runzlige Gesicht auf beide Hände gestützt, während seine schorren, lebhaften Augen dem langsamen Auftauchen des Schiffes am Horizonte folgen.

Er hatte versucht, die Weihen zu überreden, ihm ihre Kräfte beizubringen. Er hatte mandem Schiffsführer viele Bündel Barten, schöne Felle, prächtig verarbeitetes Zeug angeboten — aber alles ohne Ergebnis. Sie lockten ihn aus, wenn er sie bat, ihn die Kunst zu lehren, nur den kleinsten Stein ohne Schnur hochzuheben — sie könnten es nicht, sagten sie und lachten — alter Schwindler, wie kannst du es für möglich halten, einen Stein auf das Dach des Iglu zu heben, ohne ihn heraufzuziehen!

Oftmals hatte er den Weihen vorgestellt, daß er seine Weisheit ganz für sich behalten würde, wenn sie ihm bloß den Kniff zeigen wollten. Denn geheime Kräfte waren ja seine Daseinsberechtigung, und er hatte ihnen angeboten, sie zum Entgelt all das zu lehren, was er konnte, doch sie lachten — unmöglich, Alter, wir können keinen Stein zum Fliegen bringen.

Und Mal auf Mal hatte er doch das Gegenteil gesehen. Wie oft hatte er nicht, wie auch jetzt, die oberste Naifspitze sich über den Horizont heben sehen, dann immer mehr, die Rahen, den Schornstein, den ganzen Rumpf — ja, ja, aber die Weihen wollten vielleicht nicht einen Estimo alle ihre Kräfte lehren! Das war auch ein Standpunkt, aber Lüge war es, wenn sie erklärten, sie könnten es nicht; das mit der runden Erde ist Unsinn, jeder, der Augen hat, kann ja sehen, daß sie flach ist!

So dachte der weise Mann, während er die näherkommenden Schiffe betrachtete, er grübelte darüber nach, wer da wohl auf dem Rande der Erde lag und sie hochhob? — Aber um ihn herum jubelten die anderen Eskimos, die hatten nichts mit übernatürlichen Mächten zu tun, die nahmen die Dinge, wie sie kamen, und da unten vom Süden kamen die lehnfüchtig erwarteten Schiffe. Und lauter riefen sie, immer lauter, sie heulten und schrien — Umiafpot, Umiafpot kaili! — Der Höhepunkt des Sommers war in greifbarer Nähe, die Schiffe kamen, mit ihnen das Essen der Weihen, die Waffen der Weihen, die wunderbaren Flüssigkeiten der Weihen, die die Männer veranlaßt machten, die Frauen gefügig, die in kurzer Zeit selbst die schwersten Sorgen in die Flucht zwangen.

Langsam kommt die Flotte näher. Es sind Dampfer dabei wie Segelschiffe aufgetafelt, Segler, große sowohl wie kleine, alte Barken, die schwer und ungefüge durch das Meer pflügen, und kleine, leichte Schoner mit hohem schlanen Takelwerk,

dem Halt für die himmelanstrebenden Segel, ja, selbst eine Nacht ist dabei: es sind die leichten Kräfte der Flotte.

Sie arbeiten sich vorwärts nach Norden, auf Ruwuk zu, wo der ganze Bohnpfah vor Spannung brennt. Männer und Frauen laufen am Strande auf und ab mit ihrem feinsten Polzwerk angetan; das der Männer mit kleinen Schwänzen, die am Rücken herabhängen, das der Frauen mit farbigen Federlappchen bekrönt. Mit fieberhafter Eile werden die Umiafs und Kajaks zurechtgemacht, um in See zu stechen — die Flotte soll gebührend empfangen werden.

Endlich sind sie in der Nähe. Das schwere Stampfen der Maschine wird deutlich an Land gehört, Winden und Taue knirschen und knacken, tiefe Männerstimmen rufen Befehle, andere nehmen sie auf, beantworten sie — die Flotte biegt in den Ankerplatz ein und bahnt sich ihren Weg durch die vielen leichten Kajaks, die mit ihren lachenden und gestikulierenden Eigentümern hin- und herfliegen. Und dichter am Land liegen alle Umiafs mit den Frauen an den Paddeln und einem alten besonnenen Manne am Steuer — das ist nötig, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, denn die Frauen sind ganz wild; das Sommerfest fängt an.

Es klingelt in den Maschinentelegraphen, die Segel werden eingeholt, es knack und knirscht und kracht da draußen, während das eine schwere Segel nach dem anderen niederfällt. Man ruft, man schreit, man flucht, es ist ein Lärm, als ob alle bösen Geister in dem stillen Ruwuk losgelassen wären.

Das Bugwasser unter dem eisenbeschlagenen Steven wird stiller und stiller, die Fahrt verlangsamt sich, dann schneidet eine harte Stimme durch den Lärm — „werft Anker“ — eine andere antwortet — „los!“ — und unter mächtigem Knirschen und Kettengerassel, während Rauch und Rost aus dem Kesselstoch stäubt, fällt der erste Anker — die Kette wird angezogen, die Schute dreht bei, liegt still. Andere Schuten kommen auf den Ankerplatz. Immer wieder tönt das scharfe Kommando — „ankern“, und unter Rufen und Schrei gelangt die Flotte allmählich zur Ruhe — das Ziel ist erreicht — dort liegt Ruwuk, sonnenbeschienen, verlassen, vierhundert Meter entfernt.

Aber draußen auf der See, wo nun Schiff an Schiff liegt, ertönt ein furchtbares Pfeifen — alle Dampfpfeifen gellen, weit geöffnet, festgebunden, von den Seglern heult das Rebellhorn und auf einzelnen Schiffen wird mit Kanonen geschossen — man freut sich, die gefährliche Eisfahrt ist glücklich überstanden, man fühlt sich zu Hause. (Fortf. folgt.)

Groß-Berliner Parteinachrichten.

19. Kreis. Benfom. Die Wahlen für die am Freitag stattfindende öffentliche Versammlung gegen 'Leuerung und Wucher' sind ab Dienstag abend 6 Uhr bei Kreis, Richter's Platz zu haben.

Heute, Dienstag, den 12. September:

12. Kreis. Kempf, Marienthal, Marienstraße, 12. Thema: 7 1/2 Uhr Teatervorstellung in Kempf, Dorfstr. 42. Der Kreisverband sowie die Kempf- und Marienthaler Parteigruppen müssen vollständig erscheinen.

74. Kreis. Schöner, 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung, Ausschuß der neuen Parteigruppen.

Morgen, Mittwoch, den 13. September:

Mitgliederversammlungen in Groß-Berlin:

- 1. Kreis. 7 1/2 Uhr Schulaula Engelstr. 68. Thema: Staatsbankrott und Sozialdemokratie. Ref. Gen. G. ... 2. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Dönnich, Kommandantenstr. 44. Thema: Das Reichsmittelgesetz. Ref. Gen. ...

- 37. Kreis. 7 1/2 Uhr Schulaula Hausburgstr. 20. Vortrag des Genossen ... 38. Kreis. 7 1/2 Uhr in der Schützengilde ... 39. Kreis. 7 1/2 Uhr in der ... 40. Kreis. 7 1/2 Uhr in der ...

- 101. Kreis. Teatervorstellung. Der gemeinsame ... 102. Kreis. 7 1/2 Uhr im ... 103. Kreis. 7 1/2 Uhr im ... 104. Kreis. 7 1/2 Uhr im ...

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 12. September:

Wahlkreis. Jugendheim ... Reichsverband der Arbeitergenossenschaften ...

Seciferrin gegen Blutarmut, Bleichsucht, Nervosität, Schwächezustände. GALENUS CHEMISCHE INDUSTRIE FRANKFURT a. M. - FECHENHEIM, WERK MAINKUR.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Max Jacob ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85. Paul Sobczak ...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Donnerstag, 14. September, abends 7 Uhr ...

Reichsverband der Arbeitergenossenschaften. Als außergewöhnl. billig stellen wir vom 12.-16. Sept. zum Verkauf: Einen Posten Strümpfe ...

Krankenkasse für Handlente u. Privatbeamte in Deutschland zu Barmen. Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Verammlung aller Kolleginnen und Kollegen der Kundentriebe, die dem Verband der Metallarbeiterinnen und Galvanischen Anstalten angehören.

Allgemeine Ortskrankenkasse f. Berlin-Mariendorf u. Umg. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgebung.

Platin-, Gold- und Silberbruch. Zahngelbes, Uhres, Ketten, Hügel. Altmetalle kauft zu Engrospreisen. Roseneck, Berlin O.

Branchenversammlung der Mechaniker, Epiker, Uhrmacher, Geiger und Sichererinnen. Tagesordnung: 1. Die Notwendigkeit der Industrieorganisationen.

Henko. Weiche mit Henko-Wäsche. Henko Henke's Wasch- u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz. Henkel & Cie. Düsseldorf.

Gold, Silber- & Brillanten Hodam. Platin, alle Münzen, Uhren, Zahngelbisse. Linkstraße 46. Ecke Potsdamer Str. und Potsdamer Platz.

Weinberger Brunnenstr. 25. Schuh-Fabrik. Detailverkauf von Herren-, Damenstiefeln und -schuhen zu Fabrikpreisen.

Gegen den Verfall der Presse.

Magdeburg, 11. September. (W.B.) Die hier tagende Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter hat folgende Entschliessung angenommen:

Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter nimmt mit lebhaftem Beibehalten Kenntnis von der zunehmenden Not der deutschen Presse, die sich in dem Sterben zahlreicher vielfach alter und angelegener Zeitungen äußert. Die Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder auf Grund eigener Erfahrung den hohen Wert der Presse für unser gesamtes öffentliches Leben erkannt haben, bedauert es insbesondere auch, daß Staat und Reich keine wirksamen Maßnahmen ergreifen haben, um eine weitere Verschärfung der Notlage zu verhindern. Die Arbeitsgemeinschaft erwartet mit Bestimmtheit, daß nunmehr wenigstens — im letzten Augenblick — Regierungen und Parlamente diejenigen Schritte unternehmen werden, die geeignet erscheinen, den deutschen Zeitungen die Fortexistenz zu ermöglichen.

Der Reichspräsident empfing gestern den Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger zu einer Besprechung über die Notlage der Presse und der zu ihrer Besserung geeigneten Maßnahmen.

Das Ausland und die Einigung.

Wutanfälle der „Humanität“.

Der Aufsatz von Paul Faure „Wels — Crispin“, den wir in unserer Montag-Abendausgabe veröffentlichten, legt ein berechtigtes Zeugnis für die spannende Aufmerksamkeit und die hoffnungsvollen Gefühle ab, mit denen man in der ausländischen Sozialdemokratie die sich vollziehende Einigung des deutschen sozialistischen Proletariats verfolgt. Auch der Brüsseler „Beuple“ hebt die Bedeutung des gemeinsamen Botschaftsgramms freudig hervor.

Ein weiteres Symptom der großen Wichtigkeit, die man dem Ereignis beimißt, ist auch in den Wutanfällen der kommunistischen „Humanität“ zu erblicken, die seit einigen Wochen die beiden deutschen sozialdemokratischen Parteien täglich mit Beschimpfungen traktiert, die alles bisher auf diesem Gebiet Geleistete überbieten. Die Führer der französischen Kommunistenpartei sind sich offenbar dessen bewußt, daß die Nachricht der Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokraten auf ihre durch eigenen Parteifratel angewiderte und bereits sehr zusammengeschmolzene Anhängerschaft verheerend wirken müßte. Um nun dieser befürchteten Rückwirkung vorbeugen zu können, werden neuerdings ganz besonders die Unabhängigen (denen wir Mehrheitssozialisten sind) sowie die der Abschaffung der Menschheit... nach Strich und Faden heruntergerissen. In der „Humanität“ vom 8. September wird der telegraphisch übermittelte Auszug aus dem Einigungsprogramm in einer Weise gloriifiziert, die für das geistige Niveau der neuzeitlichen kommunistischen Polemik bezeichnend ist. Zur Erbauung unserer Leser geben wir ihnen den Anfang dieser „Besprechung“ zum besten:

1. Schutz der Republik. (Man weiß, was diese beiden Parteien unter dem Schutz der Republik verstehen.)

2. Kampf gegen die Klassenjustiz. (Als ob es etwas anderes in einer Zeit des Klassenkampfes geben könnte als eine Klassenjustiz!) Reorganisation der gesamten Gesetzgebung nach sozialistischen Grundgesetzen. (Was verstehen die unter Sozialisten?)

Und in diesem Stil geht es weiter. Daneben müßte man die „rote Fahne“ beinahe geistvoll und ideenreich preisen! Nebenbei bemerkt enthält fast jede Ausgabe der „Roten Fahne“ einen Aufsatz gegen die Klassenjustiz. Aber ihr Pariser Brudersatz, das wochenlang das Moskauer Blätterblatt gegen die Sozialrevolutionäre gerade mit dem Argument verteidigt hat, daß die proletarische Sozialjustiz nicht der Gerechtigkeit, sondern lediglich den „revolutionären Klasseninteressen“ zu dienen habe, findet es ganz selbstverständlich und lobenswert, wenn reaktionäre Richter und Staatsanwälte mit zweifelt Roh messen, die Gefängnis- und Zuchthausstrafen auf die republikanische Arbeitererschaft nur so hageln lassen.

Und darum laßt uns schließen mit dem dreifachen Ruf: „Es lebe die allpreussische Klassenjustiz! Es lebe die dritte Internationale! Nieder mit der Einigung des Proletariats!“ ...

hause, und auch hier ist er unvergeßlich, wie er, hoch oben von der Orgel der Bitharmonie herab, seinen Engelruf erschallen ließ: „Selig sind die Toten“, wie er die große Arie „Beglückte Herde, Jesu Schafe“ Melodie werden ließ. Er konnte mit allen Mitteln der Technik, der Komposition, des langen Atems, ja, der männlichen Kolatur parodieren — er tat es nicht. Die Kunst war ihm heilig, auch als er Star und Liebling der Besten geworden war. Der dreißigjährige Mann war in den letzten Jahren im Konzertleben oft ein Abwesender. Wenige wußten, daß ein schweres Nervenleiden ihn und seine Umgebung mit furchtbarer Furcht umlauernte. Song er aber dann, so war Feierstunde. Perlen romantischer Balladenmusik, Edelsteine Schubertscher und Schumannscher Liedkunst schloßen und erwachten in diesem begnadeten Mund. Nun er schweigt, soll ihm Dank in die lächle Erde nachweinen, denn er war ein ganzer Künstler. R. S.

Die Anfertigung der Meerenge von Messina. Im Zusammenhang mit der Erörterung der Kraftübertragung von Aalborg nach Syrien ist der bereits früher gegebene Plan einer Unternehmung der Meerenge von Messina wieder aufgenommen worden. Wie in „Verst, Keederel, Hafen“ mitgeteilt wird, hat der Ingenieur Bismara geologische Untersuchungen vorgenommen, auf Grund deren er einen genauen Kostenanschlag gibt. Danach wären für die Ausführung des endgültigen Planes und für die Erstellung des Stollens etwa 18 Millionen Lire nötig. Die Arbeit muß an beiden Enden in einer Tiefe von 20 Metern zugleich aufgenommen werden, und zwar würden auf beiden Seiten in dieser Tiefe Sammelbecken für das durchströmende Wasser angelegt und mit Pumpen verbunden werden. Der Stollen soll eine Länge von 3800 Metern haben.

Die Fortschritte des Flugzeugs. Der Vergleich des gegenwärtig stattfindenden Rundfluges um Großbritannien mit dem im Juli 1911 vollendeten Flug zeigt mit eindringlicher Deutlichkeit, welche Fortschritte das Flugzeug in den letzten zehn Jahren gemacht hat. An dem Rundflug von 1911 nahmen 19 Bewerber teil, die verschiedenen Nationalitäten angehörten. Nicht weniger als 15 dieser Flugzeuge erlitten unterwegs eine Panne, und nur 4 legten die ganze vorgeschriebene Strecke zurück. Die schnellste der am Weltflug 1911 teilnehmenden Maschinen erreichte eine Stundengeschwindigkeit von rund 110 Kilometern, während die langsamste beim diesjährigen diese Schnelligkeitsleistung um mindestens 25 Kilometer übertraf und die schnellste eine Geschwindigkeitsleistung von 5 Kilometern in der Minute aufwies.

In der Komischen Oper findet die Premiere der neuen Produktion „Cavala brichidava“ am Sonnabend den 16. Sept. Hr. Daxton vom Alhambra-Theater in London, welcher persönlich auftritt, studiert auch die Länge nach dem Wulst der ausländischen Reueen ein.

Tägliche deutsche Kunst für Amerika. Das Museum der amerikanischen Stadt Detroit muß den Amerikanern demnächst eine Reihe bedeutender Werke der jüngsten deutschen Kunst vor Augen führen. Der Direktor Ralph S. Booth, der schon früher ein reges Interesse für den deutschen Kunstausbau zeigte, hat in diesem Sommer wieder eine Anzahl moderner Kunstwerke angekauft. Darunter befinden sich ein Gemälde von Schmidt-Rottluff, eine Madonna von Carl Caspar, sowie ein Stillleben seiner Gattin, ferner ein Strandbild von Otto Müller, sowie zwei Aquarelle und ein Stillleben von Behr. Unter den Plastiken sind zwei Bronzen von Georg Kolbe und eine Skulptur des Berliner Bildhauers Richard Schöde hervorzuheben. Auch von andern jungen Künstlern wurden Arbeiten erworben.

Preußen und der Wiederaufbau Oberschlesiens.

Auf dem Empfang des Oberschlesischen Hilfsbundes beim Reichspräsidenten am Sonntag nachmittag hat Handelsminister Siering eine Ansprache gehalten. Er führte aus:

Zu den bisherigen überaus schweren wirtschaftlichen Verlusten in West-, Nord- und Ostdeutschland berührt der Verlust des wirtschaftlich wertvollsten Teiles von Oberschlesien die deutsche Volkswirtschaft besonders hart. Trotzdem und gerade um deswillen erkennt die preussische Staatsregierung die Pflicht an, für größtmöglichen Ausgleich dieser Verluste zu sorgen. Durch Anspannung aller Kräfte, durch intensive Arbeit mit den modernsten technischen Hilfsmitteln muß ein Ausgleich durch

Steigerung der Produktion

angestrebt werden. Die natürlichen Bodenschätze des Landes stehen im Mittelpunkt unseres wirtschaftlichen Lebens. Sie zu heben und zum Wohle unserer Volkswirtschaft zu verwenden, ist unsere Aufgabe.

Das einheitsliche Wirtschaftsgebiet Oberschlesien ist durch einen Machtpruch zerrissen. Es kann auch durch ein langfristiges Wirtschaftsverkommen nicht zusammengehalten werden, wenn nicht beide Teile den Zusammenhalt ernstlich wollen. Polen hat anscheinend diesen Willen nicht. Es gilt deshalb, den deutschen Teil Oberschlesiens wirtschaftlich neu zu gestalten und ihn der veränderten Grenze anzupassen.

Schon während der Belagerungszeit durch die Internationalisierte Kommission hat die Staatsregierung neben anderen erheblichen Mitteln der Betrag von 250 Millionen Mark für kulturelle und wirtschaftliche Zwecke ausgeworfen, um wenigstens den ersten Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Für den wirtschaftlichen Aufbau kann ich heute nur in großen Zügen ein allgemeines Programm aufzeigen. Die preussische Staatsregierung erkennt an, daß es größerer Mittel bedarf, um die Schäden wieder weitzumachen, die Oberschlesien erlitten hat.

In erster Stelle stehen die Aufgaben, die infolge der Grenzziehung erforderlich geworden sind. Die neue Grenze hat in keiner Weise Rücksicht auf die deutsche Abstammung genommen; sie ist aber auch nicht mit dem wirtschaftlichen Leben in Einklang zu bringen. Nicht nur daß wertvolle industrielle und wirtschaftliche Gebiete von Deutschland abgetrennt wurden, vielmehr ist eine

völlige Zerschlagung des einheitslichen Wirtschaftsgebietes

erfolgt. Deshalb konzentriert sich die Fürsorge der preussischen Staatsregierung auf die Wiederherstellung eines einheitslichen Wirtschaftsgebietes in Oberschlesien. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die öffentlichen Verkehrswege zwischen den einzelnen deutschen Orten mehrmals die Grenze durchschneiden und wieerholt polnisches Gebiet berühren. Eine Beseitigung dieses unglücklichen Zustandes ist dringend nötig. Es muß mit aller Energie daran gegangen werden, die öffentlichen Verkehrswege für Oberschlesien nach einheitslichen Grundgesetzen zu gestalten. Dazu gehört auch die Förderung der Kleinbahnen. Eine Beteiligung des preussischen Staates an dem Ausbau des kommunalen Kraftwerkes in Oppeln in Höhe von 50 Millionen Mark halte ich für unbedingt erforderlich und nötig.

Hervorragend an dieser Aufgabe ist die

Wasserversorgung

des ober-schlesischen Industriegebietes beteiligt. Das Wasserwerk in Roggenrot ist polnisch geworden, während das Wasserwerk bei Zamada auf deutschem Gebiete liegt. Die Leitungen, die das Industriegebiet versorgen, gehen teils durch deutsches, teils durch polnisches Gebiet. Eine Verlegung der Rohrleitungen, die schätzungsweise ungefähr 150 Millionen kosten wird, ist unerlässlich. Ferner muß die staatliche Wasserversorgung durch Erweiterungs- und Umbauten des bergschlesischen Wasserwerkes bei Zamada vergrößert werden; auch hierfür sind zunächst 50 Millionen Mark veranschlagt.

Wirtschaft

Schützt eure Konsumgenossenschaften!

Die Konsumgenossenschaften haben seit den Jahren ihres beispiellos großartigen Aufschwungs preisbildend nach unten gewirkt. Sie haben sich im einzelnen und mit ihrer Zentralorganisation der Eigenproduktion auf manchen Gebieten zugewandt und damit der unbeschränkten Herrschaft des Privateigentums einen Damm entgegengeleitet. So sind sie zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor herangewachsen, der in immer stärkerem Maße, aber vergeblich von seinen kapitalistischen Gegnern beneidet und bekämpft worden ist.

Nun aber türmen Geldnot und Teuerung die Gefahr, die auch den genossenschaftlichen Unternehmungen droht. Schon haben die Konsumgenossenschaften zum Teil bei teuersten Waren- und Rohstoffeinkauf und nicht entsprechend hohen Betriebsmitteln von ihrem festen Bestände zusehen müssen. Das darf um des Wohles der organisierten und aller Verbraucher willen nicht weiter gehen. Der Bestehen der Genossenschaften darf nicht gefährdet werden. Was wäre die Folge eines etwaigen Unterganges der Konsumgenossenschaftsbewegung? Die Verbraucher würden vollends der Ausbeutung des kapitalistischen Privatkapitals überantwortet werden, heuchlungrige Kapitalbesitzer, verdienstgierige Schieberexistenzen würden ganz und gar das Feld der Bedarfsversorgung beherrschen. Wehe dem Konsumenten, selbst in einer etwa kommenden allgemeinwirtschaftlich besseren Zeit, wenn dann dem Ausbeuterium aus dem Warenmarkt ohne die Hemmungen und Widerstände durch die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen das volle Spiel reiner Preiswillkür erlaubt wäre. Die Bemerkung würde grenzenlos.

Darum muß jetzt Widerstand geleistet werden. Darum sollen und müssen die Konsumgenossenschaften leben und legendbringend für die Zukunft sein. Die Erkenntnis schafft sich Bahn, daß zur Rettung der Konsumgenossenschaftsbewegung alle erforderlichen Maßnahmen mit höchster Kraftanstrengung durchgeführt werden müssen. Was meist gar zu lange verabsäumt worden ist, muß nun zunächst geschehen. Die Mitglieder der Konsumvereine müssen ihre Geschäftsanteile mindestens bis zur Höhe des Wochenlohnes eines gelehrten Arbeiters herauslösen.

Zur Umgestaltung der preussischen Staatswerke in eine staatliche Aktiengesellschaft wird noch bekannt: Der Gesetzentwurf dazu ist im preussischen Handelsministerium fertiggestellt. Die Aktiengesellschaft wurde gewählt, um die Einheitlichkeit des bergschlesischen Betriebes, der auch jetzt von einer Stelle, und zwar dem genannten Ministerium, verwaltet wird, nicht zu zerlegen. So soll die Macht des staatlichen Bergbetriebes gewahrt, sondern auch eine einheitsliche Wirtschaft und Arbeiterpolitik gewährleistet werden. Die Aktiengesellschaft führt lediglich die Geschäfte der Verwaltung im Auftrage des preussischen Staates, der nach wie vor Besitzer der Werke bleibt und auch die Aktien in seinen Besitz übernimmt. An dem Aufbau der Verwaltung wird also vorläufig nichts geändert; die zentrale Leitung geht lediglich von dem Ministerium auf eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Generaldirektion über. Die vorgeschlagene Regelung wurde in ihren Grundgedanken gebilligt. Zum Vollzug der Umstellung ist die Einrichtung einer „Übergangsstelle“ für die Umgestaltung der staatlichen Berg- und Hüttenwerke“ im Handelsministerium vorgesehen, die nach Durchführung der Trennung zwischen Hobeits- und Betriebsverwaltung wieder aufgelöst werden soll.

Für einen gesunden Wiederaufbau ist die Heranbildung des gewerblichen und kaufmännischen Nachwuchses unerlässlich. Deshalb kommt auf dem Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens eine sorgfältige Unterstützung, besonders in den Städten Beuthen, Gleiwitz, Kreuzburg, Oppeln, Ratibor, Reutnant und Reife in Frage. Dazu kommt, daß auch die Durchführung der Berufsschulpflicht großzügige Maßnahmen, besonders viele neue Schulgebäude, erfordert. Dazu gehören ferner auch Maßnahmen auf dem Gebiete der Gewerbeförderung durch verstärkte Abhaltung von Meisterkursen in Stadt und Land und die Errichtung einer Gewerbeförderungsstelle und der Ausbau des Genossenschaftswesens, verstärkte Aufwendungen für Ausstellungen handwerklicher Erzeugnisse, insbesondere für Lehrlings- und Gesellenarbeiten.

Nicht an letzter Stelle steht auch die große Aufgabe auf dem Gebiete des Siedlungswesens und der

Erschließung neuer Steinkohlenfelder.

Der preussische Staat hat die Pflicht, soweit es in seiner Macht steht, eine Vermehrung der Kohlenförderung herbeizuführen und zwar schon um deswillen, weil dem preussischen Staat durch das Gesetz betr. Aufsuchung und Gewinnung von Steinkohlen, vom 22. Mai d. J. sämtliche vorläufiglich Steinkohlen führenden und noch nicht verfahrenen Bergwerksfelder gehören. Um recht bald mit den Untersuchungsarbeiten in den bergmännisch noch unerforschten Gebieten beginnen zu können, ist die staatliche Bohrverwaltung in Schöneberg von mir beauftragt, alle verfügbaren Bohrapparate für diese Arbeiten in Oberschlesien bereitzustellen.

In erster Linie sollen die bestehenden statistischen Schachtanlagen im Laufe der nächsten Jahre so erweitert und ausgebaut werden, daß die Jahresförderung um 1 Million Tonnen vermehrt wird. Sie beträgt jetzt rund 24 Millionen Tonnen. Es wird ferner der Bau einer neuen Doppelschachtanlage mit einer Jahresförderung von mindestens 1 Million Tonnen erforderlich sein. Diese Doppelschachtanlage soll mit allen modernen Einrichtungen, sowie mit Kohlerei und Nebenverdrütlungswinnung versehen sein. Dazu gehören auch 2000 bis 2500 Arbeiterwohnungen.

Mein kürzlicher Besuch in Oberschlesien hat mir gezeigt, wie unendlich dürftig zurzeit viele Flüchtlinge aus dem jetzt polnischen Gebiet in deutschen Werken untergebracht sind. Der

Bau neuer Wohnungen

ist eine zwingende Notwendigkeit, damit diesen armen Menschen eine menschenwürdige Unterkunft gewährt werden kann. Sämtliche Hilfe ist dringend erforderlich. Ohne Rücksicht auf die Steigerung der Baukosten müssen diese Arbeiten durchgeführt werden, wobei allerdings Riesensummen in Frage kommen. Der ober-schlesische Bierzbergbau muß mit den Mitteln der modernen Technik erschlossen werden. Bei günstigen Ergebnissen soll eine neue sozialistische Bleihütte in Oberschlesien errichtet werden, um die Bleierze an Ort und Stelle zu verhütten, da die modern eingerichtete staatliche Friedrichshütte an Polen abgetreten werden mußte. Mit dem Neubau der Hütte betragen die voranschreitenden Kosten einschließlich der Arbeiterwohnungen circa 35 Millionen Mark.

Die staatlichen Eisenhütten müssen bedeutend erweitert und völlig umgebaut werden.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die Privatindustrie große wirtschaftliche Erweiterungsarbeiten geplant hat. Auch will sich die Privatindustrie in hervorragendem Maße an dem Siedlungswesen beteiligen.

Das von mir vorgeschlagene Wiederaufbauprogramm stellt an die Regierung wie an das ganze Volk überaus große finanzielle Anforderungen — aber trotz alledem muß mit großem Fleiß und erstem Willen ans Werk gegangen werden zum Wohle und Gedeihen unserer deutschen Volkswirtschaft.

Neue Erhöhung der Stahlpreise. Der Stahlbund hat unter Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften wieder einmal die Preise für Metallfabrikate hinaufgesetzt. Stabeisen stellt sich jetzt um 2780 Mk. je Tonne höher, und zwar auf 46 930 Mk., was gegenüber einem Vorkriegspreis von 98 Mk. eine Verteuerung auf das rund 480fache bedeutet. Der Dollar kostet demgegenüber nur das 367fache. Eisen wird also weiter durch das Diktat des Stahlbundes über den Weltmarkt hinaus verteuert. Wo bleiben die Höchstpreise?

Dritte Internationale Messe in Wien. Am Sonntag vormittag ist in Anwesenheit des Bundespräsidenten Dr. Mikulic die Dritte Wiener Internationale Messe feierlich eröffnet worden. Der gleichfalls anwesende deutsche Geschäftsträger von Ebersteinberg und der schwedische Gesandte begleiteten den Bundespräsidenten beim Rundgang zu den Ausstellungen der Deutschen, Tschechen und anderen deutschen Unternehmungen. Unter den Messebesuchern waren besonders viel Norweger und Schweden. An der Messe nahmen nahezu 4000 Aussteller teil, davon 7 Proz. Ausländer. Die Beteiligung der ausländischen Aussteller ist am stärksten in der Textilindustrie (Deutschland, Tschechoslowakei, Frankreich).

Die Konzeptionen in Sibirien. Zwischen Krasin als Vertreter der Sowjetregierung und Leslie Urquhart, dem Präsidenten des Aufsichtsrates der Russo-Asiatic-Consolidated, ist ein Vertrag unterzeichnet worden, der die Konzeptionen in Sibirien, über die seit der Nationalisierung durch die Sowjets verhandelt wird, an die Russo-Asiatic zur Verwertung übergibt. — An der Russo-Asiatic-Consolidated ist auch die deutsche Industrie durch Krupp beteiligt — eine Beteiligung durch Stinnes ist seinerzeit gescheitert. Die Konzeptionen erstrecken sich auf große Stahl- und Erzkonzerngebiete, aber die private Gesellschaft durch einen Faktortrang auf 99 Jahre die Herrschaft erhält, während das Eigentum dem russischen Staat bleibt. Auch die Goldproduktion soll von der Russo-Asiatic in diesen Gebieten wieder in die Höhe gebracht werden. Die Gesellschaft hat die Pflicht auf sich genommen, bereits in den nächsten Jahren für 25 Millionen Goldrubel Kupfer und Gold zu fördern.

Devisenkurse.

	11. September		8. September	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brau-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brau-) Kurs
100 holländische Gulden	50925.—	60075.—	52033.75	53066.25
1 argentinischer Papier-Peso	556.80	558.20	494.87 1/2	493.62 1/2
100 belgische Frank.	11186.—	11214.—	10087.40	10062.60
100 norwegische Kronen	25767.75	25832.25	22721.55	22778.45
100 dänische Kronen	82968.75	83041.25	29163.50	29236.50
100 schwedische Kronen	40948.75	41031.25	38154.75	38245.25
100 finnische Mark	8455.65	8464.35	2946.80	2953.70
1 japanischer Yen	739.05	740.95	659.15	660.85
100 italienische Lire	6041.65	6058.95	5042.65	5057.45
1 Pfund Sterling	6306.40	6389.00	6092.85	6107.65
1 Dollar	1338.07	1341.93	1208.28	1217.42
100 französische Frank.	11785.25	11814.75	10636.65	10683.35
1 brasilianischer Milreis	201.74	202.25	179.77	180.28
100 Schweizer Frank.	29163.50	29236.50	23067.50	23082.50
100 spanische Pesetas	23670.85	23720.65	21073.60	21126.40
100 österr. Kronen (abgefl.)	1.05 1/2	1.09 1/2	1.70 1/2	1.70 1/2
100 tschechische Kronen	5293.35	5306.65	4519.30	4530.70
100 ungarische Kronen	60.92	61.08	57.92	58.08
100 bulgarische Lewa	998.75	1001.25	828.03	831.06

100 Polenmark galten gestern etwa 21,15 Mk.

Gewerkschaftsbewegung

Lügen über das Ueberschichtenabkommen.

Das Ueberschichtenabkommen im Bergbau läßt den Kommunisten keine Ruhe. Keine kommunistische Zeitung erschein, ohne daß in ihr die Aufhebung des Abkommens gefordert, der „Verrat“ der Gewerkschaften am Proletariat „gebührend geahndet“ und das Proletariat zur Abwehr des „Angriffes auf den Achtstundentag“ aufgefordert wird. Diese Hehe der Kommunisten ist leider nicht ohne kleine Erfolge geblieben. Verschiedentlich haben die Belegschaften Schwierigkeiten beim Verfahren der Ueberschichten gemacht oder sich gar geweigert, das Abkommen durchzuführen.

Die Behauptung der Kommunisten, daß man auf dem Wege über das Ueberschichtenabkommen zum Achtstundentag für die Bergarbeiter kommen und von da aus den Achtstundentag für die übrige Arbeiterschaft abbauen will, ist so erlogen wie fast jede andere Behauptung der kommunistischen Presse. Laut Gesetz vom 28. Juni 1922 wird z. B. für das Ruhrgebiet die siebenstündige Arbeitszeit festgesetzt, und nur tariflich kann etwas anderes vereinbart werden. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands wird niemals seine Zustimmung zu einer dauernden Schichtverlängerung geben, und hat entsprechend diesem Standpunkt und dem Willen seiner Mitgliedschaft bei den Beratungen über das Ueberschichtenabkommen die Vereinbarung der achten Stunde als Ueberarbeit abgelehnt. Es wurden darum dreimal zwei Stunden der Ueberarbeit festgesetzt. Nur aus besonderen Gründen kann nach § 2 des Abkommens „durch Vereinbarung zwischen Jedemverwalter und Betriebsvertretungen“ die vorgesehene Ueberarbeit „in einer abweichenden Art auf die Wochenentage verteilt werden“. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes stimmten dieser Ausnahmeregelung zu, weil sie bei den Randzügen, bei heißen Gruben, wegen ungunstiger Fahrzeit der Eisenbahnzüge usw. berechtigt sein kann. Auf keinen Fall aber gibt diese Bestimmung den Jedemverwaltern das Recht, an Stelle der dreimal zwei Stunden die achte Stunde zu verlangen. Die Bergverwaltungen können zwar solche Verlängerungen an den Betriebsrat stellen. Lehnt dieser aber die achte Stunde ab, dann haben sich die Unternehmer damit zufriedigen zu geben.

Daraus ergibt sich also, daß im Bergbau, solange nicht die achte Arbeitsstunde eingeführt wird, die Geschlossenheit der Organisation erhalten bleibt. Folgen die Bergarbeiter den Kommunisten, dann wird allerdings die Schlagkraft des Bergarbeiterverbandes eines Tages erlahmen und dann kann leicht möglich werden, was man bisher vermeiden wollte.

Betriebsrätekonferenz und Vorstand des ADBS.

Kommunistische Zeitungen bringen Meldungen über eine am 4. September abgehaltene Besprechung des Bundesvorstandes mit den in Berlin ansässigen Verbandsvorständen. Der kommunistischen Presse ist ein tendenziöser Bericht eines Teilnehmers zugegangen. „Akte Färbung“, „Klassenkampf“ usw. seien natürlich wieder in gewohnter Weise gegen die bösen Gewerkschaftsführer, „die nur die zum Kampf drängenden Massen zum Schweigen bringen wollen“ und nicht die kommunistische Forderung nach einem Betriebsrätekonferenz erfüllen. Daß die Äußerungen der Redner aus dem Zusammenhang gerissen und entstellt wiedergegeben werden, versteht sich von selbst. Wie sagt doch Lenin in seinem Buche: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus?“ Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar Gift, Schläueit, illegale Methoden, Verschweigen der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihren kommunistische Arbeit durchzuführen.“

Nach dem Bericht soll Leipzig, ohne von den gegen die Leuerung zu ergreifenden Maßnahmen zu sprechen, nur gegen die Betriebsräte gewettert haben. In Wirklichkeit stellte Leipzig fest, daß es sich bei diesem geplanten Kongress nicht um eine Aktion der Betriebsräte gegen die Leuerung, sondern um eine Aktion der kommunistischen Partei gegen die Gewerkschaften handelt. Hierüber muß Klarheit in der Arbeiterschaft geschaffen werden und das sei Aufgabe der Verbandsvorstände und der Gewerkschaftspresse. Gegen die Forderung der Gewerkschaftsbewegung müsse mit Entschiedenheit Stellung genommen werden. Nicht um „die Stimmen der Arbeiterschaft zum Schweigen zu bringen“, sondern im Gegenteil, um ihnen einen wirklich starken Nachdruck zu geben. Wenn alle Gewerkschaftsmitglieder geschlossen hinter ihre Führer treten, ist ihr Einfluß natürlich viel stärker, als wenn ein Teil von ihnen es duldet, daß die Kommunisten um ihrer parteipolitischen Ziele wegen jede Aktion der Gewerkschaften herabzusetzen und zu durchkreuzen versuchen dürfen. Den kommunistischen Drahtziehern ist natürlich diese Beleuchtung ihrer Motive sehr unangenehm. Darum ihr Wutgeschrei, wenn der ADBS ihren Absichten entgegentritt und entschiedenen Wege beschreitet, die allein den Ausweg aus den infolge des Währungssturzes für die Masse des Volkes unerträglichen Verhältnissen sichern. Die Kommunisten brauchen die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung um ihrer verderblichen Phantastereien willen, die Rußland bereits zum Leichenfeld machte.

Die Gesamtarbeiterschaft aber braucht den festen Zusammenschluß aller organisatorischen Kräfte, um dem Uebel zu entrinnen. Die Interessen der Gesamtarbeiterschaft verlangen daher, daß die Arbeiter die frivolen Putschversuche der Kommunisten ablehnen. Die zahlreich aus dem ganzen Lande einlaufenden Berichte des ADBS beweisen, daß man das Spiel der Kommunisten durchschaut und es entschieden ablehnt. Die Betriebsräte werden sich daher gegen die neue Zersplitterungsaktion der Gewerkschaften und warnen davor, den törichten Parolen unverantwortlicher Ratgeber zu folgen. Mit Recht kann zum Beispiel das Gewerkschaftsorgan in Leipzig schreiben: „In den einstigen Hochburgen, wie im Leuna-Werk, ist nur noch ein Bruchteil der Arbeiter organisiert, und die Leuna-Arbeiter haben es nicht einmal gewagt, sich an der Demonstration gegen die Rathenau-Mörder zu beteiligen. Das ist die Folge der wilden Aktionen, und jeder denkende Arbeiter muß sich klar sein, daß seine Interessen nur gewahrt werden durch den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien. Deshalb weist alle Zersplitterungsversuche der Kommunisten zurück! Folgt den Beschlüssen eurer Organisationen! Den Schaden habt ihr sonst selbst zu tragen.“

Der Allgemeine Deutsche Werkmeisterkongress.

In der Festhalle der Deutschen Gewerbeausstellung fand bei überaus zahlreicher Beteiligung gestern der Allgemeine Deutsche Werkmeisterkongress statt. Im Laufe der verschiedenen Ansprachen ergriff auch Genosse Wisell das Wort zu einer längeren Rede, in der er hauptsächlich wirtschaftliche Fragen behandelte. Ein gewaltiger Rückgang des deutschen Handels sei zu verzeichnen, der heute auf derselben Stufe stehe, wie in den fünfziger Jahren. Unter der allgemeinen Verelendung habe in der Hauptsache die Arbeit zu leiden. Vieles werde nicht mehr gearbeitet, um den Bedarf zu decken, sondern um zu verdienen. Nicht Profitsucht dürfe künftig leitend sein, das Ziel müsse vielmehr die Deckung des Bedarfs der Massen sein. Nur der Gemeinschaftsgedanke könne uns helfen. Die Rede wurde von anhaltendem Beifall begleitet. Zu dem Allgemeinen Deutschen Werkmeisterkongress waren auch zahlreiche Vertreter aus Luxemburg, Deutsch-Oesterreich und Jugoslawien erschienen.

Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen.

Die Demobilisierungsverordnungen wurden durch Beschluß zunächst bis zum 31. Oktober 1922 verlängert. Die Hoffnung, bis zu diesem Termin die durch die Verordnungen geregelten Materien durch Reichsgesetze regeln zu können, hat sich nicht erfüllt. Der Reichstag hat daher durch seinen Ueberwachungsausschuß am 17. August eine weitere Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen beschlossen. Sie gelten zunächst bis einen Monat nach Zulammentritt des Reichstags, damit der Reichstag im Plenum Stellung zur Verlängerung nehmen kann.

Der Kampf um den Achtstundentag in Frankreich.

Der Sekretär des Allgemeinen Arbeitsbundes, Rouhaux, hat auf dem in Angers tagenden Vergewerkschaftskongress eine scharfe Rede gegen die beabsichtigte Abschaffung des Achtstundentages gehalten, er teilte mit, daß die Arbeiterorganisationen entschlossen seien, sich demgegenüber zur Wehr zu setzen. Nach Rouhaux' Ansicht ist der doppelte Vorstoß gegen den Achtstundentag und gegen die Löhne nicht in der Absicht unternommen, die wirtschaftliche Lage des Landes zu verbessern, sondern vielmehr die Macht der Gewerkschaften zu brechen, bevor die Organisationen die Kraft haben, ihre Stühle wiederzugewinnen. Die Haltung der Arbeitgeber und der Regierung nannte der Redner eine Politik der Herausforderung. Wenn die Arbeiterschaft zum Kampf gezwungen werde, dann werde sie den Kampf annehmen müssen, mit dem Entschluß, als Sieger aus ihm hervorzugehen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist eine Abordnung des Seelenverbandes, welche gegen die Abschaffung des Achtstundentages in der Handelsmarine Protest einlegen wollte, gestern abend vom Präsidenten Millerand empfangen worden. Millerand verlor die Abordnung Harzuzumachen, daß ein großes nationales Interesse auf dem Spiel stehe; es handle sich bei dem Erlaß um keinerlei Vorstoß gegen eine soziale Gesetzgebung, deren Grundsätze dem Präsidenten und dem Kabinett sehr am Herzen lägen. Die Maßnahme sei aber durch die Weigerung anderer Nationen, Frankreich auf dem Wege dieser Gesetzgebung zu folgen, unvermeidlich geworden. Der Verband hält heute eine Versammlung ab, auf der er sich über sein weiteres Verhalten schlüssig werden wird.

Die Vereinigung der Seelenleute hat beschlossen, daß am Tage nach der Veröffentlichung des Dekrets über die Abschaffung des Achtstundentages die Besatzungen die Schiffe für vier und zwanzig Stunden verlassen und die von den Verbänden gemeinschaftlich gefaßten Entscheidungen abwarten sollen.

Der Wiener Buchdruckerstreik.

Wien, 11. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute hat die Wiener Gewerkschaftskommission beschlossen, die Sache der streikenden Buchdrucker zur Sache der Gesamtorganisation zu machen. Sie hat daher den Buchdruckern den Auftrag erteilt, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ wieder erscheinen zu lassen. Diese wird zum ersten Male wieder am Mittwoch herauskommen.

hat daher den Buchdruckern den Auftrag erteilt, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ wieder erscheinen zu lassen. Diese wird zum ersten Male wieder am Mittwoch herauskommen.

Lohnkämpfe in Ungarn.

Mit Rücksicht auf die immer häufigeren Lohnbewegungen der Arbeiter, die öfter zum Streik führen, haben die Industriellen einen einheitlichen Block gebildet, der die Gesamtheit der Industriellen gegenüber den Gewerkschaften vertreten soll. Die von der Arbeiterschaft jüngst verlangte automatische Erhöhung der Löhne auf Grund der Indexziffer wurde von den Industriellen einhellig abgelehnt.

Die Arbeiterschaft der Berlin-Karlshener Industriewerke, Wittenau, ehemalige Waffen- und Munitionsfabriken, beschäftigte sich gestern mit dem Schiedspruch in der Metallindustrie und der nach diesem Schiedspruch festgelegten achtstündigen reinen Arbeitszeit. Bis dato hatten die Kollegen in 5 Schichten, Sonnabends frei, 46½ Stunden gearbeitet. Da aber in Groß-Berlin in allen Betrieben der achtstündige Arbeitstag streng eingehalten wird, verpflichten sich die Kollegen obiger Werke, auch ihrerseits den freien Sonnabend folgen zu lassen und die Arbeitszeit genau einzuhalten, wie es die Arbeiterschaft Groß-Berlins tut. Das heißt: den reinen achtstündigen Arbeitstag hochzubalten.

Der Achtstundentag in konstanten Betrieben. Das bei-gliche Achtstundentagegesetz gestattet in konstanten Betrieben den Achtstundentag bzw. zwei Ueberstunden täglich, doch sind dafür mindestens 26 Freitage als Ersatz jährlich zu gewähren. Auf eine Anfrage der Industriellen hatte der jetzige Arbeitsminister erklärt, daß die Unternehmer nicht gehalten werden könnten, diese 26 Urlaubs- oder Ersatztage zu bezahlen. Das führte zu einer sozialistischen Anfrage in der Kammer, die eine mehr-tägige Ansprache über den Achtstundentag hervorrief. Zugleich handelte es sich dabei um die Entscheidung des Ministers, daß der für die erste Ueberstunde gesetzlich vorgesehene Zuschlag von 25 Proz. bzw. 50 Proz. für die zweite Stunde täglich festzustellen sei, während die Arbeiter das Gesetz so auslegen, daß die 49 Arbeitsstunden einer Woche mit 25 Proz. Zuschlag, jede weitere Stunde aber mit einem Zuschlage von 50 Proz. entschädigt werden müsse. Der Minister erklärte, es handle sich dabei um eine Meinungsäußerung, nicht aber um bindende Entscheidungen seines Amtes. Die meisten Redner traten für die Durchführung des Gesetzes über den Achtstundentag ein, doch wurde eine Durchführung verlangt, welche sich den Bedürfnissen der Gegenwart anpasse.

Allgemeiner Poststreik in Irland. Entsprechend der von den Vertretern der Angestellten der Post und Telegraphie in Dublin gefaßten Entscheidung ist der Generalstreik in der Post und Telegraphie in Irland ausgedehnt. Demzufolge sind seitdem alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen zwischen Irland und England unterbrochen.

Der Poststreik in Polen. Wie der „Kurjer Polski“ meldet, haben die Post- und Telegraphenbeamten beschlossen, den Streik weiterzuführen. Die Post- und Telegraphengebäude werden militärisch bewacht. Man rechnet mit einer Teilnahme der Eisenbahner am Streik, der jetzt schon ganz Polen erfasst hat. „Rzeczpospolita“ will erfahren haben, daß gestern mittag in Pozna die Postbeamten die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sonntagssitzung: Dienstag, den 12. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25, Saal 1. Berichterstattung. Tagesordnung: Bericht über unsere Lohnverhandlungen. — Vertreter der Eisenbahner: Mittwoch, den 13. September, abends 7 Uhr, Berichterstattung über die Verhandlungen. — Bericht von der Verhandlung. — Besondere Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen. — Besondere Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen. — Besondere Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Ed. Giese, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Das altbewährte Kräftigungsmittel für Körper und Nerven

Sanatogen

ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf motorwa...
Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstraße 20-21.

ZWEI TRÄGER GUTEN RUFES

Major Daff
edel wie der Name

Britzi Major
eine Zigarette von Rang

Urteilen Sie selbst!

KON LING